

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 13



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 28. 8. 1990

WORT UND WIDERWORT

Wachsen mit gutem Ergebnis der Spielbanken Chancen für eine vierte Einrichtung?

Die Entwicklung könnte dafür sprechen, eine vierte Spielbank in Nordrhein-Westfalen einzurichten. Es gebe aber auch gute Gründe, dies zu unterlassen. Die fortlaufend positive Entwicklung in Dortmund sei mit Einbußen in den beiden anderen Spielbanken verknüpft, die diese Verluste seit der Eröffnung der Dortmunder Spielbank im Jahre 1985 noch nicht wieder hätten auffangen können. Aus dem politischen Raum sollte kein Anstoß zur Errichtung einer vierten Spielbank gegeben werden. Das erklärte der SPD-Abgeordnete **Stefan Frechen**. Der CDU-Abgeordnete **Hartmut Schauerte** betonte, solange die Frage nach der Sozialunschädlichkeit nicht eindeutig mit ja beantwortet werden könne, sollte keine vierte, nach dem Gesetz noch mögliche Spielbank in NRW eingerichtet werden. Es sei nicht Aufgabe des Staates, der im übrigen auf allen Gebieten Suchtgefahren entgegenwirke, einigen Bürgern zu ermöglichen, ihrer Spielleidenschaft noch leichter nachgehen zu können. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Achim Rohde** meinte dagegen, gewichtige Gründe sprächen für eine Konzessionsvergabe an eine vierte Spielbank. Die gestiegenen Gästezahlen und Einspielergebnisse der jüngsten Zeit in Aachen, Hohensyburg und Bad Oeynhausen hätten die Chancen auf eine vierte, wirtschaftlich abgesicherte Spielbank verbessert. Ein schwimmendes Spielcasino auf dem Rhein einzurichten, sei nicht unrealistisch. Düsseldorf könnte vierter Standort sein. Der Abgeordnete der GRÜNEN, **Roland Appel**, sagte ironisch ja zu einer weiteren Spielbank, sei doch kürzlich die Spielsucht als Krankheit neben anderen Suchten wie Alkoholismus anerkannt. Warum sollte nicht auch in NRW jedermann und jederfrau die Möglichkeit gegeben werden, krank zu werden. (Seite 2)

Die Woche im Landtag

Kooperation

Die Oppositionsfractionen von CDU und F.D.P. haben eine Kooperation mit der Landesregierung in manchen Politikbereichen nicht grundsätzlich ausgeschlossen. (Seite 3)

Ozonwerte

Über Einschränkungen des Autoverkehrs bei zu hohen Ozonwerten hat der Landtag in einer Aktuellen Stunde kontrovers beraten. (Seite 7)

Stellenzuwachs

Stellenzuwachs bei der Landesregierung haben die Oppositionsfractionen bei der ersten Lesung eines Nachtrags zum Landesetat 1990 kritisiert. (Seite 10)

Milchquoten

Vor allem kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe in Nordrhein-Westfalen sollen in den Genuß zusätzlicher Milchquoten kommen. (Seite 12)

Sexualstrafrecht

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, den Paragraphen 175 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen, wurde nach sachlicher Aussprache in die Ausschüsse überwiesen. (Seite 12)

Grubenfahrt

Der Ausschuß für Grubensicherheit hat mit einer Grubenfahrt auf der Schachanlage Rossenray seine Arbeit wieder aufgenommen. (Seite 13)

4 000 Zivildienstleistende scheiden vorzeitig aus CDU-Fraktion fordert Sofortprogramm

Die CDU-Fraktion hat ein Sofortprogramm zur Sicherung der sozialen Dienste in Nordrhein-Westfalen (Drs. 11/172) vorgelegt, um die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Verkürzung des zivilen Ersatzdienstes von 20 auf 15 Monate zu mildern.

Verkürzung von Wehr- und Zivildienstzeit eingesparten Mittel im sozialen Bereich zu verwenden und den Einsatz von Zivildienstleistenden stärker als bisher auf die Hilfe pflegebedürftiger, alter, kranker und behinderter Menschen zu konzentrieren. (Seite 6)

Ende September dieses Jahres werden nach Darstellung der CDU in NRW rund 4 000 Zivildienstleistende vorzeitig aus den Bereichen Pflege und Betreuung, Krankentransport und Rettungswesen, mobile soziale Hilfsdienste und individuelle Schwerstbehindertenbetreuung ausscheiden.

Da die Bundesländer für die ambulante Betreuung originär zuständig seien, sollen nach Auffassung der CDU die sozialen Träger fünf Monate lang einen Zuschuß von 1 500 DM pro Person und Monat aus der Landeskasse erhalten, um für die ausscheidenden Zivildienstleistenden Ersatzkräfte beschäftigen zu können.

Anders die SPD in ihrem Entschließungsantrag (Drs. 11/220), der im Unterschied zum CDU-Antrag nach der Landtagsdebatte von der Mehrheit angenommen wurde: Sie fordert die Bundesregierung auf, die durch die



Die Wacht am Rhein

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

WORT UND WIDERWORT

Gute Gründe für und gegen eine vierte Spielbank im Land

Von
Stefan Frechen

Die Bruttospielergebnisse der drei in Nordrhein-Westfalen bestehenden Spielbanken (Aachen, Bad Oeynhausen, Dortmund) sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Diese Entwicklung könnte dafür sprechen, eine vierte Spielbank in Nordrhein-Westfalen einzurichten. Es gibt aber auch gute Gründe, dies zu unterlassen.

Die fortlaufend positive Entwicklung in Dortmund ist mit Einbußen in den beiden anderen Spielbanken verknüpft, die diese Verluste seit der Eröffnung der Dortmunder Spielbank im Jahre 1985 noch nicht wieder haben auffangen können. Die Betreibergesellschaft der Spielbanken hat deshalb bisher einen Antrag auf Errichtung einer vierten Spielbank nicht gestellt. Ich halte es für richtig, wenn aus dem politischen Raum hierzu auch kein Anstoß gegeben wird.

SPD: Tatsächlicher Bedarf nicht erkennbar

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat 1988 das Vergnügungssteuergesetz mit dem Ziel geändert, die steigende Zahl der Spielhallen einzudämmen. Er wollte damit auch die mit der Spielsucht verbundenen Gefahren zurückdrängen. Diese Gesetzesänderung ist im Kommunalpolitischen Ausschuß von allen drei damals im Landtag vertretenen Fraktionen mitgetragen worden. Bedenkt man, daß die Gefahren für spielgefährdete Personen in Spielbanken ungleich höher sind als an Geldspielautomaten in Gaststätten und Spielhallen, so würde die Einrichtung einer weiteren Spielbank der Intention des Landesgesetzgebers bei der Änderung des Vergnügungssteuergesetzes zuwiderlaufen.

Schließlich stellt sich die Frage, ob neben Lotto am Mittwoch und am Samstag, Toto, Rennquintett, Glücksspirale, Rubbellose, Spiel 77 und Klassenlotterie tatsächlich in der Bevölkerung ein Bedarf für eine weitere Spielbank besteht. Ich meine: Nein.

Von
Hartmut Schauerte

Das Spielbankengesetz ist im Jahre 1974 mit knapper Mehrheit (im Wege des Hammelsprungs) verabschiedet worden. Zustimmung und Ablehnung gingen damals quer durch die Fraktionen. Diese Tatsachen zeigen: Die Zulassung von Spielbanken in NRW war sehr umstritten. Die Gegner behaupteten, die Sozialschädlichkeit der Spielbanken sei größer als jeder fiskalische Nutzen. Die Befürworter argumentierten genau umgekehrt. Vor diesem Hintergrund provoziert das gestellte Thema die Gegenfrage: Was ist ein gutes Ergebnis der Spielbanken? Etwa ein geringer gesellschaftlicher Schaden oder ein hoher fiskalischer Nutzen?

Solange die Frage nach der Sozialschädlichkeit nicht eindeutig mit ja beantwortet werden kann, sollte keine vierte (nach dem Gesetz noch mögliche) Spielbank in NRW errichtet

CDU: Keine 4. Spielbank in Nordrhein-Westfalen

werden. Es ist nicht Aufgabe des Staates, der im übrigen auf allen Gebieten Suchtgefahren entgegenwirkt, einigen Bürgern zu ermöglichen, ihrer Spiel Leidenschaft noch leichter nachzugehen zu können und damit gegebenenfalls der Spielsucht dieser Bürger Vorschub zu leisten. Hier ist zu erinnern: Noch vor wenigen Monaten hat der Landtag einmütig beschlossen, das Umsichgreifen von Spielhallen einzudämmen. Da paßt eine 4. Spielbank nicht in die Landschaft.

Damit ist klar: Die Qualität des Ergebnisses der Spielbanken darf nicht nur aus fiskalischer Sicht bewertet werden. In diesem Zusammenhang ist im übrigen zu kritisieren, daß entgegen der ursprünglichen Gesetzesabsicht, den gesamten Landesanteil der Spielbankabgabe der Stiftung Wohlfahrtspflege zuzuführen, heute lediglich rund 45 Prozent hiervon dieser Stiftung zufließen. Seit 1982 sind entgegen dem Gesetzesversprechen durch Entscheidungen der SPD-Mehrheit insgesamt rund 380 Millionen Mark verloren gegangen.

Von
Dr. Achim Rohde

Wachsende Freizeit ist eines der Phänomene, die unsere Gesellschaft entscheidend prägt. Für Liberale ist wichtig, daß der Staat seine Bürger in ihrem Freizeitverhalten ebensowenig zu bevormunden hat, wie in ihrem sonstigen Verhalten. Wer in seiner Freizeit gerne spielt – und Spielen ist beileibe keine unanständige, sondern im Gegenteil, eine sehr menschliche Tätigkeit –, sollte dies auch in unserem Lande können.

Gerne haben sich die Finanzminister und Kämmerer unseres Landes die Spielfreude ihrer Bürger zunutze gemacht und in staatlich konzessionierten Spielcasinos kräftig abkassiert. Mit großer Heuchelei wurde aber gleichzeitig gegen die privaten Spielhallen ein regelrechter Kreuzzug entfesselt.

Nun sprechen aber gewichtige Gründe für eine Konzessionsvergabe an eine vierte Spielbank in Nordrhein-Westfalen, wie sie nach dem Spielbankgesetz möglich ist.

F.D.P.: Vierte Spielbank an den Rhein

Die gestiegenen Gästezahlen und Einspielergebnisse der jüngsten Zeit in Aachen, Hohensyburg und Bad Oeynhausen haben m. E. die Chancen auf eine vierte, wirtschaftlich abgesicherte Spielbank verbessert, so daß sich die Landesregierung endlich konkrete Gedanken über den neuen Standort einer vierten Spielbank machen sollte.

Von den bestehenden drei Spielcasinos sind die westlichen und östlichen Regionen NRW's sowie das Ruhrgebiet abgedeckt. Da das Gästepotential im Münster- und im Siegerland zu gering wäre, kommt als vernünftiger Standort nur die Rheinschiene in Betracht. Deshalb finde ich den Vorschlag meines Kölner Kollegen Andreas Reichel, ein schwimmendes Spielcasino auf dem Rhein einzurichten, gar nicht so unrealistisch.

Es wird mir keiner verdenken, daß ich als Düsseldorfer mich selbstverständlich für Düsseldorf als vierten Standort einsetze. Tatsächlich gibt es dafür eine Fülle sachlicher Argumente: Eine denkbar attraktive Lage am Rhein, die gute Erreichbarkeit und nicht zuletzt das für eine Spielbank sicherlich günstige Image der Landeshauptstadt!

Von
Roland Appel

Braucht NRW eine weitere Spielbank?

Aber sicher – wurde doch kürzlich die Spielsucht als Krankheit neben anderen Suchten (z. B. Alkoholismus) anerkannt. Und warum soll nicht auch in NRW jeder Mann und jeder Frau die Möglichkeit gegeben werden, krank zu werden?

Nicht zu vergessen ist auch – neben dem individuellen Recht auf Krankheit oder Sucht – der wichtige Einnahmeaspekt. Denn die Spielbanken dienen ja als Geldquelle für den Staat. Und unser Staat NRW braucht dringend Geld. Denn jeder BürgerIn wird verstehen, daß gerade jetzt, wo weitere und unabdingbare Ausgaben auf das Land zukommen, wie etwa die zig Millionen Mark, die die Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale der Parteien von fünf Mark auf sieben Mark jährlich kostet, weitere Einnahmen vonnöten sind. Denken wir aber auch an unsere MitbürgerInnen aus der bisherigen DDR. Mehr als 15 Millionen potentielle Spielbankbesucher, de-

GRÜNE: NRW hat Nachholbedarf

nen diese Möglichkeit bisher verwehrt war. Dürfen wir Sie von diesen Segnungen unserer freien Wirtschaft ausschließen? Sind wir nicht vielmehr auch in diesem Punkt gefordert?

Außerdem hat natürlich NRW einen anderen wichtigen Nachholbedarf. Niedersachsen hatte seine Spielbankenafläre –, um da nachziehen zu können, sind möglichst günstige Grundvoraussetzungen zu schaffen: eine, zwei, drei Spielbanken? Das könnte zu wenig sein.

Einen weiteren wichtigen Aspekt hat Ministerpräsident Johannes Rau in seiner Regierungserklärung vom 15. August genannt: „Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, daß der Staat sie wirksam vor Gewalt und Kriminalität schützt. Die organisierte Bandenkriminalität, die internationale Drogenmafia, Wirtschaftskriminalität... gefährden den einzelnen und unsere ganze Gesellschaft in besonderer Weise.“ Da bekannt ist, daß alle diese Verbrecher(banden) sich für ihre Zwecke u. a. illegaler Spielhallen bedienen, ist es das beste Mittel, unsere BürgerInnen vor den Gefahren zu schützen, wenn das Land selber die Sache in die Hand nimmt.

GRÜNE gegen, SPD für sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik

Aussprache über Regierungserklärung: CDU und F.D.P. schließen Kooperation mit Rau nicht grundsätzlich aus

Die Oppositionsfraktionen von CDU und F.D.P. haben eine Kooperation mit der Regierung von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in den kommenden Jahren auf manchen Politikfeldern nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen kündigte an, „Konfrontation und Kooperation“ sollten das Verhältnis der größten Oppositionsfraktion zur Landesregierung künftig bestimmen. Bei der Aussprache über Raus Regierungserklärung vom 15. August warf Linssen dem Regierungschef am 22. August 1990 im Plenum des Landtags in der Deutschlandpolitik zwar ein Plädoyer für „platten Anschluß der DDR an die Bundesrepublik“ vor, bot aber Zusammenarbeit bei Landesaufgaben an, so in der Verkehrs- und Abfallbeseitigungspolitik. Auch der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde nannte Politikbereiche, in denen man sich „gemeinsam behaupten“ könne, z. B. in der Hauptstadtfrage oder im Länderfinanzausgleich. Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Bärbel Höhn, kritisierte den Ministerpräsidenten wegen seines Vorstoßes, den Beitritt der DDR unverzüglich zu vollziehen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann trat dagegen erneut für den sofortigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ein. Für weitere „quälende Diskussionen“ über Beitritt- und Wahltermine hätten die Bürger kein Verständnis.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, monierte an der Regierungserklärung von Ministerpräsident Rau, sie habe keine Antwort darauf gegeben, wo der Platz Nordrhein-Westfalens in einem freien und einigen Deutschland und Europa sein werde: „Statt klarer Zielvorgaben ein Warenhauskatalog mit vielfältigen Angeboten für jedermann“. Der Sprecher wies auf Widersprüche hin: Dem Bürger solle zwar klargemacht werden, daß Nordrhein-Westfalen eines der stärksten Bundesländer sei, die SPD-Landesregierung sei aber nicht in der Lage, genügend öffentliche Angebote für Kinder, Alte und Behinderte zu schaffen. Hinzu komme: In NRW gebe es „im längsten Wirtschaftsaufschwung der deutschen Nachkriegsgeschichte so viele Sozialhilfeempfänger und Dauerarbeitslose wie nie zuvor“. Linssen lobte die Hilfe der Bundesregierung für Nordrhein-Westfalen und verwies auf die Erfolge deren Wirtschaftspolitik. In der Frauenpolitik vermisse man klare Aussagen und ein Handlungskonzept, fuhr Linssen fort. In der Umweltpolitik sei nicht der dauernde Fingerzeig auf Bonn gefragt, sondern eine Aussage darüber, was man in eigener Zuständigkeit tun wolle: „Wir haben in der Umweltpolitik mit wenigen Ausnahmen kein Vorschrittsdefizit in NRW, wir haben ein Vollzugsdefizit.“ Bei der Energiepolitik hielt der Redner der SPD vor, wer aus der Kernenergie aussteigen wolle, „begebe einen Anschlag auf unser Klima“. Er begebe sich auch der freien Entscheidung über die



Aspekte der Deutschland- und Landespolitik: v. l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Bärbel Höhn (GRÜNE) und Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD).
Fotos: Schüler

Ausweitung des Braunkohletagebaus, insbesondere im Fall Garzweiler II. Deutliche Unterschiede arbeitete Linssen in der Familienpolitik heraus. Für die CDU sei die Familie mehr als nur Sozialisationsagentur oder Reparaturanstalt für die Gesellschaft: „Wir wollen eine kinder- und altenfreundliche Gesellschaft. Nur sie bietet menschliche Zukunft.“ Das schließe auch den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Die Landesregierung sollte endlich die von der CDU wiederholt geforderte landeseigene Stiftung Mutter und Kind errichten, ein Landeserziehungsgeld einführen und ein Landespflegegeld zahlen, das die Betroffenen weitgehend vor dem Abgleiten in die Sozialhilfe schütze.

Im Wohnungsbau warf der Sprecher der SPD zu, sie habe in den letzten Jahren weniger Wohnungen gebaut als versprochen. Es sei ein „übles Spiel“, den Bund erst zum Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau aufzufordern und ihn anschließend zum Sündenbock für die eigene verfehlte Wohnungsbaupolitik zu machen. Mit dem von der CDU vorgeschlagenen erleichterten Dachgeschoßausbau könnten 50 000 zusätzliche Wohnungen geschaffen werden. In der Verkehrspolitik bot der CDU-Fraktionsvorsitzende der Landesregierung Zusammenarbeit an und plädierte für die Einberufung einer landesweiten Verkehrskonferenz, um alle Beteiligten für ein zukunftsorientiertes Verkehrskonzept an einen Tisch zu bekommen. Die SPD forderte er auf, ihre abwartende Haltung zu Transrapid aufzugeben.

Zur Sicherung der regionalen Vielfalt des Landes werde die CDU in der laufenden Legislaturperiode Debatten zur Entwicklung einzelner Regionen des Landes beantragen, in der alles zur Sprache komme — „angefangen von der wirtschaftlichen bis hin zur sozialen Entwicklung, von der Schulsituation bis zur Verkehrsinfrastruktur, vom Umweltschutz bis zur Kulturförderung“. Das Motto der Arbeit seiner Fraktion umriß er so: „Konfrontation und Kooperation, Zusammenarbeit wo nötig und möglich, Gegnerschaft wo angebracht und notwendig.“ Es sei Pflicht, daß die Opposition mit der Regierung streite, „aber wir suchen nicht den Streit um des Streites willen, wir wollen

schöpferisch sein für Nordrhein-Westfalen und Politik mit pragmatischer Phantasie betreiben“.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.), Fraktionsvorsitzender, hielt den Satz in der Regierungserklärung von Johannes Rau für den bemerkenswertesten, in dem er von „praktischen Reformen“ gesprochen habe. Das sei ein neuer Ansatz für die Politik im Lande, sagte Rohde: „Da machen wir mit“. Kein demokratischer Sozialismus mehr, kaum noch Anklänge an das Programm „Fortschritt 90“ mit seiner nach wie vor von feindlichen Einstellung gegenüber dem Privateigentum, keine Schwierigkeiten mehr im Umgang mit den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft. An Rau gerichtet, meinte der F.D.P.-Fraktionschef: „Wir nehmen Sie beim Wort.“ Er sah Ähnlichkeiten mit der Regierungserklärung von Lothar Späth. Zwar sei man nicht mit allem, was in der Regierungserklärung gesagt worden sei, einverstanden. Nur: „Wir begrüßen schlicht und einfach den neuen Johannes Rau.“ Mit dem Ministerpräsidenten sei man einer Meinung, daß auch unser Land in internationale Entwicklungen eingebunden sei, da sich NRW aus dem Prozeß zunehmender Internationalisierung und Globalisierung nicht raushalten könne. So sehr man den immer stärker werdenden Prozeß der Regionalisierung begrüße, so sehr sollte man sich davor hüten, NRW oder andere Regionen jetzt „zum Ritter der Welt“ zu machen. Er unterstrich dann, daß er Raus Forderung nach einem neuen Grundgesetz, einer neuen Verfassung, die allen Staatsbürgern zur Entscheidung vorgelegt werden solle, energisch widersprechen möchte. Die Liberalen wollten keine neue Verfassung, die lediglich auf dem Grundgesetz aufbaue. Zur Familienpolitik sagte Rohde, sehe man sich die Entwicklung der Familie an, mit der Entwicklung der emanzipierten Frau, so frage man sich, ob es machbar sei, der Familie wieder den Rang einer Einrichtung zurückzugeben, die wirklich in der Lage sei, die Pflege der Eltern zu gewährleisten. Er bezweifle das. Er befürwortete, Eigenvorsorge und Eigenfinanzierung der Bürger stärker in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen. Zu dem Ziel, NRW wieder zur Nr. 1

zu machen, meinte Rohde, von diesem ehrgeizigen Wahlkampfziel sei auch nicht mit einem Wort mehr die Rede. Tatsächlich liege NRW auf fast allen Gebieten statistisch auf einem Mittelplatz. Schwerpunkt einer vernünftigen NRW-Wirtschaftspolitik müsse sein, die Beziehungen nach Westen zu pflegen. Im Europa der Regionen liege die Zukunft NRW im Westen. Ausdrücklich dankte er Rau für dessen Bewertung der unternehmerischen Leistungen in NRW. Als beispiellos bezeichnete Rohde hingegen die Schwächung des Wirtschaftsministers. Zu einem weiteren Negativbeispiel könne sich die geplante Einrichtung einer „Wirtschaftsagentur“ entwickeln. Der Fraktionschef befürwortete staatliche Investitionen in wirtschaftsnahe Infrastruktur. Das heiße auch gegenüber Bonn Veränderungen der Gemeinschaftsaufgabe. Er schlug vor, dem Programmwust der verschiedenen ZIM-ZAM-ZUPP-Programme ein Ende zu bereiten. Zur Verkehrspolitik meinte Rohde, man

freude. Die GRÜNEN hielten es für erstrebenswert, wenn in den nächsten fünf Jahren in NRW die Rüstungsforschung in Konversionsforschung umgestellt werde und die Mittel für Friedensforschung erhöht würden. Verständnis und Achtung solle Ausländern und auch den Deutschen in der DDR entgegengebracht werden. Menschen, die Asyl beantragten, müßten ebenso behandelt werden wie Aus- und ÜbersiedlerInnen. Raus Anweisungen an die Volkskammer seien erstaunlich. Wenn NRW schon Vorschläge für die Vereinigung mache, dann könne es dies zum Beamtentum oder zu Paragraph 218 tun, den die GRÜNEN zu streichen forderten. Der Paragraph 218 sei schon immer dazu genutzt worden, um Frauen zu disziplinieren. Mit ihm werde in zynischer Weise mit den Gefühlen von Menschen gespielt. Männer tauchen auf als Richter, Kirchenvertreter und Ärzte. Frauen, die die Folgen zu tragen hätten, müßten auch über einen Schwangerschaftsabbruch

ten vor und führte den Fehlbestand von rund einer Million Wohnungen auf die verhängnisvolle Einstellung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch Bonn zurück. Daraus habe das Land NRW die Konsequenz gezogen, die eigenen Anstrengungen zu steigern: 1989 seien 24000 Sozialwohnungen öffentlich gefördert worden, in diesem Jahr würden es dreitausend mehr sein. Zudem habe die Landesregierung im Bundesrat ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen, mit dem es möglich sein werde, in den nächsten fünf Jahren jährlich 33000 Wohnungen zu bauen – das sei für die Bundesregierung die soziale Nagelprobe am Ende der Legislaturperiode.

Zum Thema deutsche Einigung stellte Farthmann fest, Bundeskanzler und Bundesfinanzminister hätten in der letzten Zeit „die wahren Kosten der deutschen Einheit systematisch vertuscht und geschönt und damit die deutsche Öffentlichkeit getäuscht“. Man müsse aber, um die Bereitschaft zum Teilen nicht zu gefährden, den Bürgern reinen Wein einschenken: Für die Sanierung der Infrastruktur in der DDR sei insgesamt der unvorstellbare Betrag von 680 Milliarden Mark erforderlich – verteilt auf zehn Jahre. „Wir werden auf Jahre hinaus mit dreistelligen Milliardenbeträgen Infrastruktur, Wirtschaft und Umwelt in den fünf neuen Ländern der ehemaligen DDR modernisieren und sanieren müssen“, betonte der Sprecher, „unsere Kinder und Enkel werden noch dafür zahlen müssen“. Da gelte es, alle Einsparmöglichkeiten zu nutzen; so sei der Verteidigungsetat des Bundes kurzfristig auf 40 Milliarden Mark zu kürzen, auch die anderen Bundesetats seien auf Einsparmöglichkeiten abzuklopfen, das Innerdeutsche Ministerium sei aufzulösen, ein geplantes Aufbauministerium sei nicht mehr als überflüssige Bürokratie, der schnelle Brüter müsse gestoppt werden. Vor allem aber, so Farthmann weiter, müsse die Bundesregierung von ihrem Plan Abstand nehmen, in der nächsten Legislaturperiode die Unternehmenssteuern und die Steuern für Spitzenverdiener um 25 Milliarden zu senken. Statt dessen sollte, um die Lücke von 20 bis 30 Milliarden Mark zu füllen, die Einkommensteuer, vielleicht durch einen zeitlich befristeten Zuschlag, erhöht werden.

Farthmann kündigte für 1996 im Kindergartenbereich einen Versorgungsgrad von 90 Prozent an, verteidigte die Bildungs- und Schulpolitik der SPD, die darin bestehe, daß „Eltern zusammen mit ihren Kindern ohne staatliche Bevormundung entscheiden können, welche Schulform sie wählen“. Die Polemik der CDU gegen diese Politik sei gescheitert und vom Wähler durchschaut worden.

Auf dem Gebiet der Kommunalverfassung sei das „unauflösliche Geflecht von Rat und Verwaltung neu abzugrenzen und auf seine Effizienz hin zu überprüfen“. Es sei an ein leistungsfähiges Gremium als Bindeglied zwischen Rat und Bürgermeister zu denken, die Stellung der Bezirksvertretungen sei zu erörtern, die unmittelbaren Beteiligungsrechte des Bürgers zu diskutieren.

Die Entscheidung über Garzweiler II, leitete Farthmann zur Energiepolitik über, sei noch völlig offen – „auf der anderen Seite lassen die energiepolitischen Perspektiven der Bundesrepublik kaum den Schimmer einer Chance, auf den billigen Energieträger Braunkohle zu verzichten“. Der Tagebau werde aber nur genehmigt, wenn feststehe,



Verdeutlichten Standpunkte des Regierungslagers: v.r. Ministerpräsident Johannes Rau und Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann (beide SPD). Foto: Schüler

brauche die Netzschlüsse im Fernstraßensystem des Landes, ferner eine Verbindung von Straße und Schiene. Zur Schulpolitik führte er an, für die F.D.P. sei das Ziel der Schule weiter die Ausbildung von Lernfähigkeit und Leistungsfähigkeit, also Fordern statt Verwöhnen, unantastbar.

Bärbel Höhn (GRÜNE) legte SPD-Politik in NRW wie folgt aus: Zunächst andere wegdrücken, um Nr. 1 zu werden, um dann barmherzig Weggedrückten zu helfen. Stärke im Sinne der GRÜNEN sei dagegen, anderen zuzuhören und die Macht zu teilen. Bewußt würden der Regierungserklärung deshalb Reden von Frauen entgegengesetzt. „Wir wollen reden aus der Sicht der Frauen“, die zwar die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, aber wenig zu sagen hätten. Ihre andere Sicht der Dinge müsse in Entscheidung eingehen. Neuen Impulse zu geben, alte Widersprüche aufzuzeigen und dem Filz zu Leibe zu rücken, sei Aufgabe der GRÜNEN. Rücksichtsloser Umgang mit der Natur sei den jetzt vom Hunger bedrohten Ländern von den Industrieländern aufgezwungen worden und räche sich jetzt in der Klimakatastrophe. Was wir anderen Ländern aufgezwungen hätten, sei unsere Ellbogengesellschaft, die vor Ort gewachsene Strukturen zerstört habe. Was wir lernen könnten sei Solidarität, die gerade unter armen Menschen funktioniere, und Lebens-

selbst entscheiden dürfen. Im übrigen hätten Stammtisch-Männerwitze im Landtag eine große Lobby. So viele Chauvisprüche auf einmal wie an diesen Parlamentstagen habe sie selten gehört. Wer von Demokratie rede, müsse beim Umgang mit Frauen anfangen. Mit patriarchalischen Vorstellungen im Kopf und Frauenfeindlichkeit im Herzen bleibe Demokratie nur Lippenbekenntnis.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, begrüßte „ausdrücklich und nachdrücklich“ die Regierungserklärung. Sie beschreibe deutlich und realistisch Chancen und Perspektiven des Landes, sei getragen vom Geist echter Solidarität, orientiere sich am Machbaren und sei ein hervorragendes Beispiel für die Menschen in der DDR, weil sie zeige, „wie sozialdemokratische Regierungspolitik in einem Land, das von vielen schon abgeschrieben worden war, in überschaubarer Zeit wieder eine Perspektive für eine gute Zukunft gibt“. Eine Regierungserklärung könne kein detailliertes Aktionsprogramm sein, sondern nur ein Handlungsrahmen für die nächsten fünf Jahre. Anhand einiger Beispiele wies der Sprecher die Alternativen zwischen Regierung und Opposition nach. In der Frage des Wohnungsbaus und der Situation auf dem Wohnungsmarkt hielt er Bonn „Ignoranz und Untätigkeit“ angesichts horrender Mietsteigerungen in Ballungsgebiete-

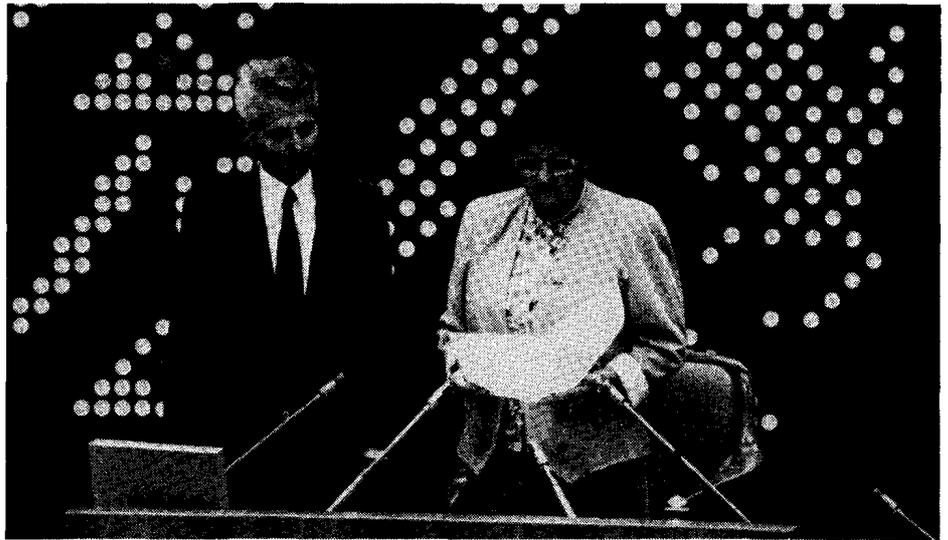
daß die Braunkohle umweltverträglich abgebaut werden kann.

Gisela Nacken (GRÜNE) nannte es ein langweiliges Ping-Pong-Spiel zwischen SPD, CDU und F.D.P., die Verantwortlichkeiten wechselweise auf Bund und Land zu verschieben. Aufhorchen lasse Raus Feststellung, Hauptverursacher von Ozonloch und Treibhauseffekt seien im Energie- und Verkehrssektor zu finden. Realpolitisches Umbaudenken reiche aber nicht mehr aus. Raus verkehrspolitische Ansätze litten unter eklatanter Inkonsequenz. Beim Umweltschutz werde von allen auf Technik gesetzt. Die Folgen von Wirtschaftswachstum gerieten aus den Augen. Die autofixierte Verkehrs- und Stadtpolitik habe Versorgung und Dienstleistungen zentralisiert. Mit erhöhtem Transport-, Zeit-, Energie- und Nervenverbrauch müßten die Menschen nun die zerstreuten Lebensbereiche anfahren. Extrem betroffen davon seien berufstätige Frauen mit Kindern. Ohne Auto sei deren vertakteter Alltag kaum zu schaffen. Umwelt- und sozialverträgliche Verkehrsmittel müßten jedoch gefördert und das Auto zurückgestuft werden.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sagte zur Rede von Dr. Linssen, er habe keine Alternative der CDU entdeckt. Es sei auch kein Zufall, daß bei den Vorschlägen zu Arbeitslosigkeit, Landesstiftung, Erziehungs- und Pflegegeld keine Finanzhinweise gemacht worden seien. Bereitschaft zur Zusammenarbeit nehme er gern auf, aber diese müsse glaubwürdig sein, im Landtag nicht anders als in den Kommunen. Auch dürfe nicht zu selektiv mit Daten und Fakten umgegangen werden. Wenn Linssen aufzähle, wo NRW Durchschnitt sei, müsse auch folgen, wo das Land an der Spitze sei: beim Export, bei Produktivität etwa. Es sei stärkstes Bundesland und betreibe von dieser Stärke her Politik. Im übrigen habe er bei der regionalen Strukturpolitik eine eindeutige Korrektur vorgenommen. Bei den Kompetenzen des Wirtschaftsministers gebe es Konzentration. Die Bonner Verhandlungen über die künftige Stimmenstärke von Ländern müßten ohne Bezug auf Steueranteile geführt werden.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, entgegnete dem Ministerpräsidenten, man müsse die legitimen Interessen unseres Landes wahrnehmen. „Aber Sie können doch nicht der Bevölkerung klarmachen, wenn Sie in den nächsten vier Jahren über 200 Milliarden Mark Steuern einnehmen, daß Sie nur 1,9 Milliarden für diesen Fonds ‚Deutsche Einheit‘ übrig haben und keinen Pfennig mehr! Das ist doch nicht seriös.“ Linssen schlug Rau vor, den „Herrn Clement“ aufzufordern, daß er in der Sache der Verhandlung zwischen den Ländern bezüglich der Finanzen auch etwas mehr die nationale Solidarität spüren lasse.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) meinte, von Seiten der CDU werde ein „Angriff“ vorbereitet. In Anbetracht der drohenden Klimakatastrophe werde das CO₂-Problem wieder einseitig auf die Kohle verengt. Als Alternative zur Verhinderung der Klimakatastrophe biete die CDU erneut die Kernenergie an. Die Alternative hierzu sei aber nicht der massive Einstieg in die unkalkulierbaren Risiken der Kernenergie, sondern der endlich einmal politisch wirklich gewollte und durchgesetzte Einstieg in die massive Energieeinsparung, in die Kraft-



Den CDU-Abgeordneten Dr. Rolf Hahn, Staatsanwalt aus Overath, hat Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe verpflichtet. Die Präsidentin begrüßte den neuen Abgeordneten mit den Worten: „Herzlich willkommen in der Mitte der Abgeordneten! Wir wünschen uns eine gute Zusammenarbeit, und ich hoffe, Sie haben auch ein bißchen Spaß an Ihrer Arbeit.“
Foto: Schüler

Wärme-Kopplung, in die Erhöhung der Wirkungsgrade.

Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) erklärte zum Streit um eine neue Verfassung, wenn man schon plebiszitär vorgehen wolle, dann müsse das Volk gefragt werden, ob es am Grundgesetz mit den Änderungsmöglichkeiten mit Zweidrittelmehrheiten festhalten oder ob es das Grundgesetz aufgeben und einen Verfassungsrat bilden lassen wolle, der dann, aufbauend auf der heutigen Verfassung, ein neues Grundgesetz schaffen solle. Er habe überhaupt keinen Zweifel, weiche Antwort die Bürger in der Bundesrepublik und in der heutigen DDR zu diesem Thema geben würden: Sie würden am Grundgesetz festhalten wollen.

Marianne Hürten (GRÜNE) warf der Landesregierung vor, sie habe die sozialen Aspekte in der Vergangenheit vernachlässigt und Raus Regierungserklärung habe deutlich gemacht, daß eine soziale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auch in den nächsten fünf Jahren nicht zu erwarten sei. Die soziale Gerechtigkeit, die Sozialverträglichkeit sei nicht wie die Regierung behaupte, mit der Ökologie im Zentrum ihrer Politik, sondern sie sei zum Beiwerk, zur Garnierung verkommen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) erklärte zum Landespersonalvertretungsgesetz und da zum Bereich „Neue Technologien“: „Wenn wir in Nordrhein-Westfalen wirklich auf einem Feld im Bereich der Mitbestimmung fortschrittlich gewesen sind, dann war es beim Landespersonalvertretungsgesetz und das insbesondere auf dem Sektor ‚Neue Technologien‘.“

Beate Scheffler (GRÜNE) wandte sich an den Ministerpräsidenten mit den Worten, wenn er es ernst meine mit einer „Politik der Integration“, dann müsse er nicht nur Einrichtungen schaffen, in denen Gesunde und Kranke, Alte und Junge gemeinsam leben und lernen könnten. Er müsse unsere Städte und Stadtteile wieder so gestalten, daß alle Bereiche des Lebens in ihnen wirklich vorkämen.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) sagte, es sei richtig, wenn man gemeinsam feststelle, daß es gelungen sei, durch

gemeinsame Anstrengungen die gewaltigen Herausforderungen aus dem Strukturwandel in diesem Lande weitgehend zu meistern. NRW nehme heute wieder voll am wirtschaftlichen Aufschwung teil, und zwar auf der Grundlage neuer, moderner Produktionsstrukturen. Dennoch seien weiter strukturpolitische Anstrengungen notwendig. Im Kohlebereich würden weitere Anpassungsmaßnahmen notwendig sein.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) forderte für die F.D.P. in der Umweltpolitik die wesentliche Zuhilfenahme marktwirtschaftlicher Mittel. Bei den Altlasten sei in NRW mit rund 1500 Sanierungsfällen zu rechnen, bisher sei jedoch keine Anlage genehmigt worden. Die Finanzierung müsse kooperativ zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft erfolgen. Beim Abwasser habe die Kommunalaufsicht jahrelang geschlafen. Die Sanierung solle nun privat durchgeführt werden. Beim Abfall müsse auf ökologische Produktionen umgestellt werden. Bürokratische Hemmnisse seien zu vermindern.

Arbeitsminister Hermann Heinemann (SPD) vermißte bei der CDU zum Abbau von Arbeitslosigkeit Kritik an der jetzigen Arbeitsförderung und strich Modellprogramme in NRW zu sozialverträglicher Technikgestaltung und zur Energieeinsparung heraus. Bei neuen Kindergärten sollten die Kommunen stärker beteiligt werden. Bisher habe NRW in diesem Bereich höhere Leistungen erbracht als andere Länder. Der neue Kinderbeauftragte gehöre nicht zum Kabinett, sondern unterstehe nur dem Minister.

Brigitte Schumann (GRÜNE) bedauerte nachlassende Förderung im Bildungsbereich. Schule sei heutzutage Wartesaal, kein Lebensort zum Geborgenfühlen. Ausländischen Jugendlichen werde kulturelle Vielfalt vorenthalten. Das Selbstwertgefühl Ausgegrenzter werde verletzt, anstatt interkulturelle Kommunikation zu fördern. Heutige Bildungskonzeption dürfe nicht mehr mit mittelschichtspezifischen Inhalten identisch sein. Die berufliche Weiterbildung sei nur noch Vehikel für ökonomische Modernisierung. In der Bildungspolitik verfare NRW nach Wirtschaftsinteressen und mache aus
Fortsetzung Seite 6

„Frauen als Ersatzreserve mißbraucht“

In der Debatte am 22. August prallten die unterschiedlichen Meinungen von Mehrheitsfraktion und antragstellender Fraktion hart aufeinander. Während die SPD die Bundesregierung an der Reihe sah, ihr „Fehlverhalten“ zu korrigieren (sie habe sich nämlich nicht um die Folgen der Dienstzeitverkürzung im sozialen Bereich gekümmert), nannte der CDU-Sprecher den Versuch, die Proteste nach Bonn zu lenken, ein „schäbiges Spiel“, wie seinerzeit in Sachen Rheinlanden.

Hermann-Josef Arentz (CDU) qualifizierte die Sozialpolitik der Landesregierung als „unseriös“, weil sie sich jahrelang darauf verlassen habe, daß 20 000 bis 25 000 Zivildienstleistende zur Verfügung stehen. So habe die SPD auch alle Anträge der CDU verworfen, die auf eine personelle Verstärkung der sozialen Dienste gerichtet waren. Darum seien die Zivildienstleistenden als „billige Notstopfen“ eingesetzt worden. Mit ihrem vernünftigen und finanzierbaren Vorschlag – er mache etwa 60 Millionen Mark aus – gebe die CDU der Landesregierung die Chance zum Umdenken. Die SPD solle ihren Entschließungsantrag zurückziehen, er sei eine „schlimme sozialpolitische Bankrotterklärung“.

Wolfram Kuschke (SPD) hielt der Bundesregierung vor, sie habe die Verkürzung in keiner Weise mit den Wohlfahrtsverbänden abgestimmt, das sei unverantwortlich. Es sei eindeutig Aufgabe des Bundes, „durch geeignete Hilfen an die Träger der sozialen Arbeit dazu beizutragen, die Folgen der Verkürzung der Zivildienstzeit abzufangen.“ Dazu sollte mit den eingesparten Mitteln ein Finanzfonds des Bundes gespeist werden. Außerdem biete sich jetzt die Chance, auf dem gesetzgeberischen Wege die Ungleichbehandlung von Wehr- und Zivildienstleistenden abzubauen und auch die Befreiung der Pflegeberufe von Wehr- und Ersatzdienst einzuführen.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) äußerte Sympathien für den CDU-Antrag: Er versuche, an Ort und Stelle etwas zu tun; das sei ihm lieber als das Hin- und Hergeschiebe der Verantwortung. Darum sei er dafür, statt über diesen Antrag direkt abzustimmen (und ihn von der Mehrheit abgelehnt zu sehen), ihn an den zuständigen Ausschuß zu überweisen, um das Thema aufzuarbeiten. Dort könne man in Ruhe dann über das Gesamtpaket sprechen, „was wir vom Lande aus in diesem Zusammenhang tun können“. Auch ein Hearing könne helfen, in dieser Frage zu einer gemeinsamen Lösung zu gelangen.

Daniel Kreutz (GRÜNE) meinte, jetzt gehe der Sprengstoff hoch, der über Jahrzehnte hinweg „in allparteilicher Eintracht“ von Bund, Ländern und Gemeinden mit der Weigerung angehäuft worden sei, menschliche und menschengerechte Pflege bedarfsgerecht auszubauen. Der „Schnellschuß“-CDU-Antrag helfe wenig, er leite nämlich keine grundlegende Wende in der Personalpolitik ein, sondern sei nur ein „Notnagel“. Außerdem sei er der erneute Versuch, ungeschützte und nicht existenzsichernde Beschäftigungsverhältnisse „salonfähig“ zu machen. Dafür kämen dann vorwiegend wieder Frauen in Frage. Man brauche eine bedarfsgerechte Anpassung der Planstellen und eine Attraktivitätssteigerung der Pflegeberufe.

Horst Radtke (SPD) warnte davor, Zivildienstleistende auf Planstellen in Alten- und Behindertenpflegeeinrichtungen einzusetzen und als billige Arbeitskräfte auszubilden: Das vergrößere nur die bestehenden Lücken in der sozialen Versorgung. Auch er plädierte dafür, die im Wehretat freiwerdenden Mittel für die Aufrechterhaltung der sozialen Dienste heranzuziehen.

Siegfried Martsch (GRÜNE) erinnerte an die Verantwortung der übrigen Parteien für die jetzigen Zustände. In der Debatte sollten endlich vernünftige Positionen dargestellt werden, alles andere sei eine „un glaubliche Verhöhnung hilfebedürftiger Menschen“. Es sei zwar eine „Sauerei“, wie sich die SPD aus ihrer landespolitischen Verantwortung stellen wolle, dennoch stimme seine Fraktion dem SPD-Antrag zu.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) bezifferte den Mittelbedarf für das Sofortprogramm auf 90 Millionen, da man von 6 000 Zivildienstleistenden ausgehen müsse. Es seien wieder einmal die Frauen, die hier als Ersatzarbeitskräfte herhalten müßten, um unter Tarif zu verdienen; das sei „Mißbrauch“ und habe nichts mit gleichen Chancen zu tun. Der Bund spare Milliarden ein, für die unerwünschten Folgen solle aber wieder das Land geradestehen; das sei eine ebenso simple wie falsche Rechnung. Es sei sachlich falsch zu behaupten, das Land habe Geld durch den Einsatz von Zivildienstleistenden gespart: Die Kosten der sozialen Dienste würden durch die Pflegesätze oder aber die Sozialhilfe aufgebracht. Die Lücken durch den Zivildienst seien auf Dauer nur zu stopfen, wenn die Pflegeberufe attraktiver gemacht würden und wenn sich die Bundesregierung endlich dazu durchringen könnte, das Pflegefallrisiko gesetzlich abzusichern und den Personalschlüssel für die Krankenpflege zu verbessern. Außerdem seien die Beschäftigung, Qualifizierung und Wiedereingliederung von Pflegekräften zu fördern.

Wilhelm Krömer (CDU) mahnte umgehende Hilfe an, nicht Diskussionen, die erst in zwei Jahren zu Lösungen führen würden. Das Defizit des Landes liege in den ambulanten Diensten, in anderen Ländern Europas gebe es hier das Zehn- bis Zwölffache. Wenn nicht schnell geholfen werde, dann würden diese Dienste insgesamt in Frage gestellt.

Anne Garbe (SPD) zeigte sich enttäuscht von der zuständigen Bundesministerin Lehr: Sie habe das rechtzeitige Gespräch mit den betroffenen Verbänden nicht geführt, bei der Heimpflegemindestverordnung auf Kompetenzen verzichtet und in der Altenpolitik versagt. Was Frau Lehr wohl zu dem CDU-Ansinnen sagen würde, daß Frauen „hier wieder als Ersatzreserve Nummer eins ein treten sollen?“

Hermann-Josef Arentz (CDU) faßte die Beiträge der SPD-Sprecherinnen und Sprecher unter dem Motto zusammen: „Wir wollen nicht helfen.“ Die Bürger hätten aber einen Anspruch darauf, daß geholfen werde, und das Land sei dazu in der Lage. Er hoffe für den CDU-Antrag auf eine „Mehrheit von Gutwilligen“.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) wies das zurück: Das Land helfe in vielen Bereichen und setze diese Hilfen fort. Aber nicht mitmachen werde man eine „Entlastung des Bundes auf den Knochen der Länder“.



Unterschiedliche Positionen in der Opposition: v.l. Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) und Beate Scheffler (GRÜNE).
Fotos: Schüler

Kooperation...

Fortsetzung von Seite 5

Menschen Humankapital. Mit Extras aus kommunalen Töpfen beginne ein Einstieg in die Privatisierung von Bildung. Frauenförderung müsse bei den Mädchen anfangen.

Ministerin Ilse-Ridder Melchers (SPD) hielt Provokationen wie von den GRÜNEN für notwendig, Veränderungen müßten aber in konkreten Schritten durchgesetzt werden. Der Ausbildererlaß sei zu einem „Mädchenerlaß“ gemacht worden, in der Strukturpolitik seien erstmalig Frauenförderungsmaßnahmen verankert worden. Wichtiger Schwerpunkt bleibe Frauenförderung in der privaten Wirtschaft. Im gesamten Landshaushalt solle gezielt den Frauen geholfen werden. „Wir wollen alles für Mädchen“, zitierte sie einen Pfadfinderinnenspruch.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) bezog sich zur Lage älterer Menschen auf Umfragen, wonach jeder zweite über 55jährige sich als Belastung angesehen fühle, ausgegrenzt und abgeschieden. Dabei steige die Zahl älterer Menschen. Die F.D.P. werde eigene Vorschläge für eine liberale Seniorenpolitik machen und interessierten Bürgern Mitarbeit anbieten. Koordinierte Dienstleistungen bei häuslicher Altenpflege seien dringend, sie müßten benutzerfreundlich sein, und die freien Träger müßten gleichbehandelt werden. Seniorenpolitik müsse alle Bereiche erfassen. Ältere Menschen müßten in Freiheit und Würde leben. Ihre Erfahrungen sollten mehr genutzt werden, der starre Ruhestand aufgehoben werden.

Hartmut Schauerte (CDU) errechnete für die nächsten vier Jahre einen Anteil von nur sieben Prozent der Steuer Mehreinnahmen, den das größte Bundesland für die Wiedervereinigung aufwende, und behauptete, gegenwärtig kassiere NRW mehr, als es abliefern. Eineinhalb Prozent Wachstum durch den Vereinigungsimpuls bedeuteten drei Milliarden Mark mehr Steuern in vier Jahren. NRW dürfe daher in Bonn nicht verweigern. Die Korrektur der Berlinhilfe bringe Finanzpotential. Im ganzen laufe die SPD-Haltung auf Steuererhöhungen, die jedoch nicht offen gefordert würden.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) vermißte in der Regierungserklärung Aussagen zu naturnaher Waldwirtschaft. Sie stellte Ausbauvorhaben Eingriffe in die Natur gegenüber wie bei Garzweiler II und Schwalm-Nettetal. Nur bei Verzicht auf solche Projekte komme man
Fortsetzung Seite 11

Grüne Fraktion schlägt Autofahrverbote bei hohen Ozonkonzentrationen vor

SPD und Regierung fordern von Bonn Änderung des Immissionsschutzgesetzes

Drastische Einschränkungen des Autoverkehrs bei hohen Ozonwerten in der Luft hat die Fraktion der GRÜNEN im Landtag gefordert. Im Rahmen der von ihr beantragten Aktuellen Stunde am 23. August stellte die Fraktion fest, bei hohen Ozonwerten sei Hausarrest für Menschen keine Lösung, vielmehr müsse das Auto an die Leine gelegt werden.

Gisela Nacken (GRÜNE) kündigte die Vorlage einer Sommersmogverordnung an: „Die nächste Schönwetterperiode kommt bestimmt und mit ihr auch wieder das Ozon.“ Diese Verordnung sehe vorbeugenden Ozonalarm und abgestufte Fahr- und Produktionsverbote vor. Die Abgeordnete fragte nach einem Maßnahmenkatalog der Landesregierung — der fehle nach wie vor; es gebe bloß einen Orientierungswert, aber keinen Grenzwert für die Ozonbelastung. Statt den Ozongehalt zu senken, heiße die Lösung: „Hausarrest für 10 bis 15 Prozent.“



An der Frage von Fahrverboten schieden sich die Auffassungen (v. l. n. r.): Gisela Nacken (GRÜNE), Karl Böse (SPD), Dr. Annemarie Schraps (CDU) und Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.).
Fotos: Schüler

Dagegen die GRÜNEN: „Wir wollen nicht die Opfer, sondern die Verursacher, nämlich die Autos, an die Kette legen.“

Karl Böse (SPD) beschrieb die negativen Folgen des immer weiter wachsenden Autoverkehrs und verlangte für eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik eine grundlegend neue Orientierung. Es müsse der Schadstoffausstoß entscheidend gesenkt werden; der Verkehr sei durch moderne Systeme flüssiger zu machen und die Arbeit der Landesregierung an einem integrierten Verkehrssystem fortzusetzen. Böse umriß die Ziele so: sichere und saubere Autos, mehr Güter und Personen auf die Schiene, Vorrang für den ÖPNV und Vernetzung von öffentlichem und privatem Verkehr.

Dr. Annemarie Schraps (CDU) verlangte, nicht nur das Ozon zu sehen, sondern die Maßnahmen direkt bei den Verursachern Kohlenwasserstoff und Stickoxiden anzusetzen — das bedeute „weiterhin konsequente und ganz drastische Luftreinhaltepolitik“. Sie zweifelte an der Wirksamkeit kurzfristiger Fahrverbote und warnte davor, die Schuld allein dem Auto zuzuschreiben: Auch Kraftwerke, Feuerungsanlagen, Indu-

strie und Privathaushalte seien in die Überlegungen einzubeziehen.

Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) erinnerte an die Forderung seiner Fraktion, das Gift Ozon in die Auslösung von Smog-Alarm einzubeziehen. Darüber hinaus sollte bei Ozonwetterlagen ein Fahrverbot für Pkw ohne Katalysator vorgesehen werden. Darüber hinaus sollte der Schadstoffausstoß insgesamt drastisch reduziert werden, es reiche nicht aus, daß gegenwärtig nur ein Drittel der neuzugelassenen Autos mit Drei-Wege-Kat ausgerüstet sei. Auch und vor allem die Lastautos seien in diese Schadstoffminderungspolitik mit einzuschließen.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) kennzeichnete das Auto als den heute mit Abstand größten umweltbelastenden Faktor. Es sei darum nicht hinnehmbar, Kraftwerke und Industrie mit harten Auflagen zu überziehen, den größten Umweltverschmutzer aber fast ungeschoren davonkommen

zu lassen. Die Landesregierung sei nicht gegen Fahrverbote oder -einschränkungen, aber er warne davor, sie am „schädlichen Folgeprodukt von Ausgangsstoffen (also Stickoxide, Kohlenwasserstoffe und Benzol) aufzuhängen“. Der Minister rief Bonn dazu auf, das Bundesimmissionsschutzgesetz zu ändern und durch Rechtsverordnung den Umweltbehörden in der ganzen Bundesrepublik klare Handlungsanweisungen zu geben.

Werner Schumacher (CDU) hielt es für unsinnig, von Fahrverboten zu reden. Zur Mobilität gerade in ländlichen Räumen gehöre das Auto; die Menschen dort hätten einen Anspruch darauf, „Brot und Arbeit und Zukunft sich und ihre Kinder zu finden“. Sie könnten nicht einfach auf den ÖPNV umsteigen, wie das in Ballungsgebieten möglich sei. Zudem sei ein „vernünftiger“ Straßenbau notwendig.

Klaus Strehl (SPD) nannte es eine vernünftige Maßnahme der Umweltminister, den Ozon-Grenzwert auf 180 Mikrogramm festzulegen. Geeignete Schritte zur Reduzierung von Ozon seien notwendig, nicht aber „agitatorische Hektik und Beruhigungsspritzen“. Was die Kraftwerksbetreiber bei der

Minderung der Stickoxide erreicht hätten, das müsse auch von der Automobilindustrie verlangt werden.

Verkehrsminister Franz-Josef Kniola (SPD) erhob die alte, bisher aber vergebliche Forderung der Landesregierung, auch Altfahrzeuge zur Umrüstung auf Katalysatoren zu zwingen und dabei die Lastkraftwagen einzubeziehen. Zudem sei zu begrüßen, daß die Kfz-Steuer auf emissionsabhängige Werte umgestellt werde. Auch weitere Anstrengungen zur Verbrauchsminderung seien ein wichtiger Schritt. Mit immer mehr Autos und höheren Fahrleistungen stoße man im Individualverkehr zur Grenze der Mobilität vor; die Diskussion über integrierte Lösungen habe begonnen. Der ÖPNV in Ballungsgebieten müsse mehr Lasten übernehmen, allerdings sei zu fragen, ob es richtig sei, ihn unter die Erde zu verbannen, um oberirdisch Platz für Pkw zu schaffen.

Heinrich Dreyer (CDU) hielt nichts von Gängelei und Dirigismus, notwendig seien langfristig angelegte verkehrspolitische Handlungsstrategien. Mit der Verlagerung von der Straße auf die Schiene, die auch Vorteile für die Verkehrswirtschaft bringe, sei viel zu erreichen, „wenn wir moderne Technik einsetzen“. In der Verbesserung der Verkehrsflußsteuerung auf der Straße stecke ein riesiges Potential.

Hans Alt-Küpers (SPD) machte darauf aufmerksam, daß höhere Attraktivität des ÖPNV, also Schnelligkeit und Verfügbarkeit, nur zur Lasten des Pkw zu verwirklichen sei. Das müsse man dem Bürger sagen und dazu stehen. Die Ozon-Diskussion sollte nicht zu sehr um die Grenzwerte kreisen, sondern verstärkt die menschliche Gesundheit und das Wohlergehen der Natur in den Mittelpunkt stellen.

Werner Stump (CDU) machte der Landespolitik den Vorwurf, sie habe die Siedlungsentwicklung, die in den letzten 20 Jahren vom Streben nach dem Häuschen im Grünen geprägt worden sei, nicht durch Stärkung und Ausbau des ÖPNV begleitet. Er regte an, in den Fahrzeugflotten des öffentlichen Dienstes Methanol zum Einsatz zu bringen.

Michael Ruppert (F.D.P.) rief in Erinnerung, in den letzten 40 Jahren habe man praktisch eine Gesellschaft um das Auto herum konstruiert. Die Formel vom Vorrang für den ÖPNV sei ihm fragwürdig, denn er sei nicht in der Lage, den Verkehrsbedarf abzudecken. Wenn die Innenstädte für den Individualverkehr gesperrt würden, dann gäbe es immer mehr Märkte auf der grünen Wiese. Auch die Verteuerung des Autos sei keine Lösung.

Gerd Mai (GRÜNE) warf Umwelt- und Verkehrsminister vor, sie setze immer noch auf das umweltangepasste Auto. Der Abgeordnete zeigte sich überzeugt, daß die Landesregierung die Diskussion über Fahrverbote, die sie jetzt ablehne, in einigen Jahren führen werde. Sie müsse bereit sein, „den Konflikt mit dem Auto offensiv zu riskieren“.

Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) warnte die GRÜNEN vor Legendenbildung und plädierte dafür, daß eine noch so engagierte Umweltpolitik sich an Vernunft und wissenschaftlicher Sachkenntnis zu orientieren habe.

SPD-Antrag: Soziale Folgen und regionale Chancen entwerfen

Umgestaltung von Standortregionen nach Truppenabzug wird von allen Politikern als schöne Aufgabe gesehen

Der SPD-Antrag „Folgen und Chancen des Truppenabbaus in NRW“ (Drs. 11/165) wurde zusammen mit einer Änderung der Grünen (Drs. 11/166) nach der Aussprache im Plenum am 23. August entsprechend der Empfehlung des Ältestenrats an den Hauptausschuß überwiesen.

Bodo Hombach (SPD) sagte zur Antragsbegründung, die SPD freue sich über den Truppenabzug und den Erfolg ihrer Entspannungspolitik. Darüber hinaus seien die Millionensummen für Mannöverschäden, Infrastruktur für die Truppen und immer noch überhöhte Rüstungsausgaben erfreuliche Einsparungsmöglichkeiten und Quelle zur Finanzierung von Rüstungsumstellung. Das sei für Politiker eine schöne Aufgabe, die Abrüstung sozial, ökologisch und strukturell zu begleiten. Ganze Völker beneideten uns um diese Probleme, zu denen der SPD-Antrag Stellung nehme. Die

heraus. Im Zeichen der Entspannung sei Friedenssicherung auf deutlich niedrigerem Niveau militärischer Präsenz möglich, dafür seien alle dankbar. Die Minderausgaben im Verteidigungshaushalt seien auf Bundesebene schon verfrühstückt, die Landes-SPD wolle sie jetzt für Umstrukturierung verwenden. Das Land müsse in Zukunft mit deutlich weniger Bundesmitteln auskommen. Der Truppenabzug eröffne Chancen für Wohnraumbeschaffung, auch für Naturschützer. Bei den Belastungen gehe es vor allem um die zivilen Arbeitsplätze. Ein Landeskonzept sei vorzulegen.

konkrete Informationen werde es frühestens nach Abschluß der Wiener Verhandlungen geben. Rund ein Prozent der NRW-Bevölkerung sei dem Militärbereich zuzurechnen. Die Ausgaben der Bundeswehr in NRW hätten 1989 10,6 Milliarden Mark betragen, Aufträge für 1,8 Milliarden Mark seien in NRW vergeben worden, 20 000 Wohnungen würden belegt, die militärisch genutzte Fläche betrage 12 300 Hektar, für Stationierungstreitkräfte werde der Aufwand 1988 auf 3,2 Milliarden Mark geschätzt. Erstmals könnten Zahlen auch über deren Flächennutzung, Wohnraum und Gebäude dank Glasnost veröffentlicht werden. Gespräche über Auswirkungen des Truppenabbaus würden auf breiter Ebene geführt, Hilfsprogramme sollte es nur in gravierenden Fällen geben.



Die Umgestaltung der Truppenstandorte nach möglichem Abzug, der freilich vor 1991 noch keine konkreten Formen annimmt, wird von Politikern aller Fraktionen als schöne Aufgabe angesehen, v. l.: Bodo Hombach (SPD), Peter Bensmann (CDU), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), Dr. Manfred Busch (GRÜNE), Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD).
Fotos: Schüler

interministerielle Arbeitsgruppe der Regierung dazu werde sicher einhellig begrüßt. Den Alliierten sei für ihre bisherige Präsenz zu danken. Freiwerdende Flächen und Wohnraum könnten künftig sinnvoll genutzt werden.

Peter Bensmann (CDU) stellte Konsens in vielen Punkten fest, der geschichtliche Verlauf zeige jedoch, daß die NATO-Mitgliedschaft und die wirtschaftliche Integration in die EG als Grundlagen für die längste Friedensperiode in Deutschland anzusehen seien. Der Friedensprozeß sei noch nicht am Ende. Aber auch in Zukunft würden Soldaten für die Verteidigung gebraucht, die Situation am Golf mache das deutlich. In NRW gebe es 158 Kasernen, zehn Flugplätze, drei Truppenübungsplätze und eine Vielzahl von Standortübungsplätzen, 70 000 Bundeswehrsoldaten, 31 000 zivile Mitarbeiter und 70 000 alliierte Soldaten. Am Beispiel einer Garnisonstadt wie Rheine würden Probleme deutlich, wenn der Standort geschlossen werde. Der Hauptarbeitgeber werde fehlen. Die CDU fordere ein Strukturhilfeprogramm Militärstandorte in enger Abstimmung mit dem Bund und den Gemeinden sowie den Alliierten. Es sei eine gemeinsame Last, von der alle profitiert hätten.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) begrüßte das frühe Stadium der Befassung und stellte Verdienste der Bundeswehr um den Frieden

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) hielt den Schutz vor Beschäftigungsverlusten ebenfalls für eine Aufgabe des Landes, und die Diktatur im Irak für einen Beleg für den Irrsinn von Hochrüstung. Auch NATO-Länder hätten den Irak mit hochgerüstet. Wenn Hussein im Besitz der Atombombe sein sollte, dann mit Hilfe deutscher Technik. Für Uran-Transporte in NRW sei die Landesregierung zuständig. Prominente Unternehmen aus NRW stünden auf der Liste verdächtiger Lieferfirmen, Politiker hätten Ermittlungen von Managern ferngehalten. Die GRÜNEN forderten Entmilitarisierung umfassend, Rüstungskonversion und konsequente Anwendung der Exportgesetzgebung. Das Land habe von den Truppen profitiert und müsse jetzt die Umstellung fördern. Eine besondere Verantwortung habe dabei die WestLB, die selbst an Rüstungsunternehmen beteiligt sei. Auch aus Rüstungsforschungsbereichen müßten Mittel zurückgezogen werden.

Wirtschaftsminister Günther Einert (SPD) begrüßte die Truppenreduzierung uneingeschränkt, die Entspannung stelle eine große Chance für den Fortschritt dar. Standortregionen dürften nach jahrzehntelanger Belastung im Interesse aller bei Anpassung nicht alleingelassen werden. Die Halbierung der britischen Rheinarmee sei für NRW von Bedeutung. Belgien habe die Anknüpfung von Truppenabzug zurückgezogen. Kon-

Franz-Josef Pangels (CDU) widersprach dem Redner der GRÜNEN, die Entspannungspolitik bei Gorbatschow anzusetzen. Vielmehr hätten westliche Politiker durch behutsame Abrüstung Vorleistungen erbracht. Für den Kreis Heinsberg bedeute Ausfall der Streitkräfte die Schließung eines Großbetriebs, einen Kaufkraftverlust von insgesamt 45 Millionen Mark und Rückgang der Gemeindefinanzen. Das Verhalten der Briten angesichts der veränderten Lage sei für die Bürger nicht mehr verständlich, Beschwerden über Fluglärm würden im Empirestil beantwortet. Die CDU sei für die Schließung britischer Flughäfen in NRW. Den Soldaten und ihren Angehörigen gebühre Dank für ihren wichtigen Beitrag zu Frieden und Freiheit.

Hermann Jansen (SPD) nannte Zahlen von betroffenen Beschäftigten in den Standortregionen Wetter und Mönchengladbach: 13 und 27 Prozent. Diese Arbeitnehmer erwarteten neue Arbeitsplätze. Mittel aus dem Verteidigungshaushalt könnten umgepolt werden. Das Bundespersonalvertretungsgesetz solle geändert und die bei den Alliierten Beschäftigten den Zivilen gleichgestellt werden könnten. Nach dem Arbeitsförderungs-gesetz solle Qualifizierung ermöglicht werden, damit Arbeitslosigkeit nicht Hoffnungslosigkeit werde. Die Entwicklung müsse auch mit sozialem Frieden verbunden sein.

Reform in der Debatte

Kontrolle der Landesregierung Aufgabe des ganzen Parlaments

Die Fraktionen im Landtag waren sich bei der Debatte über einen entsprechenden F.D.P.-Antrag (Drs. 11/155) einig, daß es möglichst bald zu einer Parlamentsreform für den Landtag Nordrhein-Westfalen kommen müsse. Von der F.D.P. wurde das Jahr 1991, von der SPD 1992 genannt, wobei vieles schon bei einer Reform der Geschäftsordnung geleistet werden könne. Die antragstellende Fraktion forderte mehr Rechte des Parlaments gegenüber der Landesregierung und der Minderheitsfraktionen gegenüber der Regierungsmehrheit. Von der SPD-Fraktion wurde unterstrichen, mit Blick auf Wahlprogramm und Regierungserklärung könne die eigentliche Kontrolle am effektivsten durch die Mehrheitsfraktion wahrgenommen werden. Seitens der CDU erhielt die Forderung nach Verfassungsrang für die Opposition Unterstützung. Die GRÜNEN bezeichneten das als „untauglich“.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) sagte, die F.D.P. habe ihre Überlegungen als Antrag in den Landtag eingebracht, mit der Bitte, eine Kommission einzusetzen, die aufgrund dieser Vorschläge und anderer Ideen aus der Mitte des Hauses einen umfassenden Entwurf für eine Parlamentsreform erarbeitete. Man beginne mit dieser Initiative, weil die Arbeit der Volksvertreter auf einem tragfähigen Fundament aufbauen müsse. Im Papier der F.D.P. sei dargelegt, daß und warum eine wirkliche Kontrolle der Exekutive durch das Parlament nicht mehr effektiv durchgeführt werden könne. Die Parlamentsreform müsse mehr Rechte für den Landtag gegenüber der Landesregierung, für die Minderheitsfraktionen gegenüber der Regierungsmehrheit, bessere Arbeitsmöglichkeiten für die Abgeordneten und Verfahrensvorschriften, die die Kontrollfunktion des Parlaments unterstützen, bringen. Der Antrag enthalte 20 konkrete Vorschläge. So laute die erste Forderung, der Landtag erhalte das Recht, direkt auf die Daten zurückzugreifen, die der Landesregierung zur Verfügung stünden. Man wolle ferner das unbegrenzte Rederecht der Landesregierung im Plenum abschaffen. Man schlage vor, daß ein Mitglied der Landesregierung erst sprechen könne, wenn jede Fraktion zuvor die Gelegenheit zu einer Stellungnahme gehabt habe. Die F.D.P. hoffe auf eine Parlamentsreform noch im Jahre 1991.

Jürgen Büsow (SPD) meinte, er hoffe, es bedürfe bis 1992, eine Parlamentsreform durchzubekommen. Vieles könne schon bei der Reform der Geschäftsordnung geleistet werden. Der Abgeordnete betonte, die Kontrolle der Landesregierung sei eine Aufgabe des Parlaments zur gesamten Hand. Von dieser Aufgabe lasse sich die SPD-Fraktion nicht trennen. Die eigentliche Kontrolle richte sich auf das Wahlprogramm, unter



Großes Interesse fanden die plenaren Aussprachen in der vergangenen Woche beim Fernsehen und bei den Pressevertretern.
Foto: Schüler

dem eine Partei angetreten sei und die Mehrheit erlangt habe, und auf die Regierungserklärung und ihre Durchsetzung. Diese eigentliche Kontrolle werde am effektivsten durch die Mehrheitsfraktion wahrgenommen und nicht durch die Opposition. Der F.D.P.-Antrag habe die Tendenz, die Mitglieder der Mehrheitsfraktion zu Abgeordneten minderen Rechts zu machen. Dazu gebe es keine Zustimmung. Büsow ließ jedoch keinen Zweifel aufkommen, „daß wir die von uns gewählte Landesregierung, den Ministerpräsidenten, stützen werden“. Er verteidigte das gewichtete Mehrheitswahlrecht, um die Meinungsvielfalt möglichst breit in den Parlamenten zur Repräsentanz kommen zu lassen. Ein Akteneinsichtsrecht lehnte er ab, regte indessen an, dem Haushalts- und Finanzausschuß gleichen Status und gleiche Rechte zu geben, wie sie der Haushalts- und Finanzausschuß des Bundestages besitze. Damit würde das Parlament größere Haushaltstransparenz erhalten. Das unbegrenzte Rederecht der Landesregierung werde man nicht einschränken.

Heinz Paus (CDU) meinte, seines Vorredners Definition der Mehrheitsfraktion als eigentlicher Kontrolleur der Landesregierung sei doch sehr abenteuerlich. Parlamentsreform sei mehr als die Reform der Geschäftsordnung. Sie sei ein Stück Stärkung des Föderalismus. Parlamentsreform sei vor allem auch auf die Öffentlichkeit ausgerichtet. „Wir haben schon 1970 mit ‚Landtag intern‘ eine Möglichkeit der Selbstdarstellung geschaffen“, sagte der Abgeordnete. Was der Kollege Lanfermann gesagt habe, knüpfte weitgehend an Überlegungen der Parlamentsreform-Diskussion des Jahres 1969 an. Damals habe es ebenfalls eine Kommission gegeben, deren Vorsitz der Landtagspräsident van Nes Ziegler gehabt habe. Man habe allerdings erwartet, daß die F.D.P. bei ihren Vorschlägen, das eine oder andere, das zwischenzeitlich passiert sei, stärker aufgegriffen hätte. Was die Akteneinsichtsmöglichkeiten betreffe, sei man schon ein Stück vorangekommen. Zu den besseren Arbeitsmöglichkeiten zählte Paus

auch die bessere Ausstattung mit Mitarbeitern. Zum Rederecht fügte er an, die jetzt gefundene Regelung schließe tatsächlich die von der F.D.P. erhobene Forderung ein und gebe den Oppositionsfraktionen zusammen ebensoviel Redezeit wie der Regierungsfraktion und der Landesregierung zusammen. „Wir sollen schauen, wie sich das bewährt und ob noch Verbesserungen erforderlich sind“, schloß der CDU-Politiker. Als berechtigt bezeichnete er die Forderung, wonach die Opposition Verfassungsrang erhalten solle.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE) schlug vor, das „Raumschiff“ Parlament auf den Boden zurückzuholen und sich bei jeder Parlamentsreform den Satz vor Augen zu halten: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sowohl bei Bürgerinnen und Bürgern als auch bei den Parlamentariern herrsche große Unzufriedenheit über den parlamentarischen Alltag. Ursachen seien die Parteien mit ihrem faktischen Monopol auf die politische Willensbildung, der Umstand, daß in der „Zuschauerdemokratie“ das Handeln der Menschen weniger gefragt sei als Zuhören und zuletzt die weiter wachsende Übermacht der Exekutive. Der F.D.P.-Antrag enthalte einige Hinweise, sei aber in manchen Punkten zu halbherzig; der Versuch, die Opposition mit Verfassungsrang auszustatten, sei untauglich. Ihr die Rolle zuzuschreiben, die Regierung zu kritisieren und zu kontrollieren, vereinbare sich nicht mit dem Verständnis seiner Fraktion: Die sei der Meinung, das sei Aufgabe des gesamten Parlaments. Vesper schlug vor, die Informationsmöglichkeiten des Parlaments zu verbessern („Gesetz zum Schutz der Informationsfreiheit“), die Debatten lebendiger zu machen, die Minderheitsrechte zu stärken und ebenso die Rechte der einzelnen Abgeordneten gegenüber den Fraktionen. Ferner gehöre die „Ämterhäufung der Abgeordneten abgeschafft“.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) meinte zum F.D.P.-Vorschlag: „Alles was Sie in Ihrem Papier vorgetragen habe, hat
Fortsetzung Seite 11

Nachtragshaushalt: Opposition kritisiert Regierungsstellen

153 Millionen für DDR-Hilfe, Wohnungsbau, Aussiedlerheime

In der Aussprache über den vom Finanzminister in der vorigen Woche vorgelegten Nachtragshaushalt 1990 (Drs. 11/164) am 22. August begrüßten Sprecher aller Fraktionen die Mehrausgaben für Hilfeleistungen beim Verwaltungsaufbau in der DDR. Heftige Kritik übten die Oppositionsfraktionen jedoch an 138 neuen Stellen im Zuge des Kabinettsumbaus.

Hartmut Schauerte, Haushaltsexperte der CDU, befürwortete die Mehrausgaben von 12,1 Millionen für Personal und 11 für Sachmittel in der DDR uneingeschränkt. 100 Finanzbeamte seien eher zu wenig, da leistungsfähige Einnahmestrukturen zu schaffen seien. In den nächsten vier Jahren wende NRW nur 0,8 Prozent der Steuereinnahmen für die DDR auf, trotz größerer Zuwächse. Die DDR wirke wie ein eigenständiges Konjunkturprogramm. Der Finanzminister verdiene an der DDR. Trotz 500—800 Millionen Mark Steuermehreinnahmen würden nur 61 für die DDR veranschlagt. Wirtschaftlich gesehen sei die Wiedervereinigung gut für NRW. Die Regierung

Gemeinden. Der soziale Mietwohnungsbau sei den Ländern allein überlassen worden. Verheerend sei die Abschaffung gemeinnütziger Wohnungsbau-Gesellschaften durch den Bund.

Rudolf Wickel (F.D.P.) begrüßte ebenfalls neue Stellen für DDR-Verwaltungshilfen. Eine Riesenlücke klatte zum wirklichen Bedarf. Die nachvollzogene Wohnungsbau-Aufstockung sei ebenfalls richtig, die Verwendung bedürfe der Überprüfung. Die Erhöhung der Bezüge wissenschaftlicher Hilfskräfte an den Hochschulen, von der F.D.P. jahrelang gefordert, komme reichlich spät. Bei den 138 neuen Regierungsstellen

Mark seien unglaublich, er halte es für rechtswidrig. Verzicht auf Diätenerhöhung, Straßenbau, Umweltabgaben könnten weitere Mittel freisetzen.

Finanzminister Heinz Schleißer (SPD) verteidigte die Nachträge beim Wohnungsbau, Aussiedlerheimen und Hochschulen und DDR, die 98 Prozent ausmachten. Über den Rest sei am meisten gesprochen worden. NRW habe den niedrigsten Aufwand für die politische Führung, auch der Bund wende viel mehr dafür auf. 6700 Stellenumsetzungen und Umschichtungen bei den Ausgaben und Einnahmen seien unbeachtet geblieben. Was NRW für die DDR tue, sei beispielhaft. An dem Wettkampf um Steigerungsrate beteilige er sich nicht. Mehreinnahmen seien auf Sondereinflüsse zurückzuführen. Beim Fonds „Deutsche Einheit“ und DDR-Kosten werde verdreht und ver-



Der vom Finanzminister vorgelegte Nachtragshaushalt 1990 fand nicht die ungeteilte Zustimmung der Oppositionsfraktionen, v. l.: Hartmut Schauerte (CDU), Reinhold Trinius (SPD), Rudolf Wickel (F.D.P.), Brigitte Schumann (GRÜNE), Finanzminister Heinz Schleißer (SPD).
Fotos: Schüler

klage laut und kassiere still. Die CDU fordere verstärkte Hilfe, Offenlegung der Haushaltswirkungen und Zusammenfassung in einem besonderen Haushaltsansatz. Unglaublich seien die neuen 138 Stellen, darüber hinaus davon 22 für die Staatskanzlei, die sich vollsaue. Der Wirtschaftsminister bekomme weniger Aufgaben, aber zwei Stellen mehr. 68 neue Stellen beim Wohnungsbau könne niemand erklären, bei der Gleichstellung werde trotz 36 neuer Stellen nicht mehr herauskommen.

Die CDU schlage statt dessen 138 neue Sonderschullehrer vor oder die Förderung von 300 Wohnungen 50 Jahre lang.

Reinhold Trinius, SPD-Haushaltsexperte, hielt die Prognosen des Vorredners für unsicher. Ehrlicher und besser seien Vorschläge des Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse Fink im Gegensatz zu unsolidarischem Verhalten Bayerns. Zu konkreten Hilfen aus NRW gehörten Landesbürgschaften bis zu 1 Milliarde Mark, für Geld, das in der DDR zirkulieren solle. Die neuen Verwaltungsstrukturen verlangten von den Bediensteten der DDR, aber auch von den westdeutschen Beratern hohen Einsatz, dafür sei zu danken. Beim Kabinettsumbau handele NRW sparsam im Ländervergleich. Für Übergangwohnheime stünden 1990 430 Millionen Mark bereit, das Land helfe den

bleibe die Puste weg. In der Situation bei Schule, Polizei und Verwaltung wirke das wie blanker Hohn. Statt mehr Lehrern-, Polizei-, Steuerbeamten, Chemikern, Altenpflegern gebe es mehr Ministerialbeamte. Von mehr Beamten werde nur mehr Papier produziert. Der ganze Kabinettsumbau sei Unfug. Es gehe in der Staatskanzlei nur um den Kronprinzen. Die Effizienz von dessen Allzuständigkeit sei zu bezweifeln. Durch Kabinettsausschüsse werde das Ressortprinzip beeinträchtigt. Jeder Minister müsse selbst verantwortlich bleiben, sonst sei er nur noch eine mit Dienstwagen ausgestattete Marionette. Das Land brauche keine weiteren 138 Parteibuchbeamte.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE) bezeichnete die drastische Aufblähung des Regierungsapparats und erneute Selbstbedienung als skandalös. Insgesamt 138 neue Stellen, während im Lande Sparsamkeit gepredigt werde, stünden in schreiendem Kontrast zur Ausstattung der DDR-Hilfe. Der Ausbau der Städtepartnerschaften sei sinnvoller. Bei Betriebsprüfungen und in der Gewerbeaufsicht gebe es auch in NRW ein Vollzugsdefizit. Der Hochschul-Nachtrag erscheine nicht seriös, leider werde Genaueres erst am Jahresende bekannt. Die GRÜNEN schlugen dagegen Verzicht auf höhere Wahlkampfpauschale vor. Rückwirkend 10,4 Millionen

fälscht. Anfangs sei nach unten gedrückt worden. Einnahmen der Treuhand seien zu hoch veranschlagt worden.

Brigitte Schumann (GRÜNE) vermißte im Nachtragshaushalt Korrekturen im Schulbereich. Die GRÜNEN würden Lehrer-Neueinstellungen vorschlagen. Wer die Diäten erhöhe und für Schulen nichts tue, sei vollkommen unglaubwürdig.

Hartmut Schauerte (CDU) begrüßte den nennenswerten Abfluß bei den Bürgschaften, einer CDU-Idee. Die von ihr prognostizierten Zahlen seien absolut richtig. Die CDU werde die Regierung zwingen, die Daten der Steuerschätzung des Bundesfinanzministers vom Mai 1990 auf den Tisch zu legen, damit die Öffentlichkeit erfahre, wie es wirklich sei.

Robert Schumacher (SPD) hielt den Fonds Deutsche Einheit für günstig, aber nicht das letzte Wort zur Belastung der Bundesbürger. Die Einnahmen würden wahrscheinlich sinken. Beim Wohnungsbau richte sich der Ansatz nach den Bundesmitteln, dabei müsse das Land diese sogar vorfinanzieren. Eine wirklich leistungsfähige Staatskanzlei sei notwendig, auch die Opposition habe kritisiert, daß nicht ausreichend geführt worden sei.

CDU verlangt zentrale Ausländerbehörden und Sammelunterkünfte

Den CDU-Antrag „Flächendeckende Einrichtung von zentralen Ausländerbehörden im Lande Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 11/173) hat der Landtag nach Erörterung im Plenum am 23. August zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Innere Verwaltung (federführend) überwiesen.

Heinz Paus (CDU) bezeichnete es als schlimm, daß NRW 14 Monate nach dem Beschluß der Innenministerkonferenz erst in zwei von fünf Regierungsbezirken das beschleunigte Asylverfahren eingeführt habe. Die Folgen müßten nun die Kommunen in den Bezirken Köln, Münster und Detmold vor Ort ausbaden. An die Ankündigung des Innenministers, dies werde nun kurzfristig geschehen, glaube er nicht mehr; darum sei es notwendig, politischen Druck durch das Parlament auszuüben. Das im Antrag favorisierte Karlsruher Modell habe erhebliche Vorteile: Es kürze die Prüfungsverfahren auf drei Wochen ab, es gebe eine bessere Koordinierung zwischen den Ausländerbehörden und die Chance der Spezialisierung für die Ausländerbehörde. Trotzdem werde in diesem Verfahren kein kurzer Prozeß zu Lasten des Asylantrags gemacht. Die Möglichkeiten dieses Verfahrens würden aber nur ausgeschöpft, wenn die Asylbewerber für die gesamte Dauer des Anerkennungsverfahrens in der Sammelunterkunft untergebracht seien, betonte Paus.

Jürgen Jentsch (SPD) machte klar, die Zustimmung der SPD zur Überweisung bedeute nicht, daß seine Fraktion mit allen

wesentlichen Punkten des Antrags einverstanden sei. Angesichts der widersprüchlichen Stellungnahmen örtlicher CDU-Vertreter fragte er die Landes-CDU, ob die CDU mit gespaltener Zunge rede. Er jedenfalls sei auf die Debatte im Ausschuß gespannt.

Dagmar Larisika-Ulmke (F.D.P.) sprang dem bei: Es sei schon doppelzünftig, wenn man auf der einen Seite die Änderung des Grundgesetzes fordere, dort aber, „wo es dann wirklich um das Praktische und Realisierbare geht, wird aus wahltaktischen Gründen nein gesagt“. Die Sprecherin bekräftigte erneut, daß ihre Fraktion einer Grundgesetzänderung zur Einschränkung des Asylrechts nicht zustimmen werde. Man könne nicht ganze Länder ausschließen, da im Einzelfall immer ein Asylgrund bestehen könne. An den Innenminister des Landes appellierte sie, so schnell wie möglich die von ihm angekündigten Maßnahmen umzusetzen.

Daniel Peter Kreutz (GRÜNE) sagte, wer hier zentrale Anlaufstellen nach dem Karlsruher oder nach dem Düsseldorfer Modell fordere, betreibe die Demontage des Asylrechts auf kaltem Wege. Alle Maßnahmen würden Fluchtbewegungen nicht hindern können. Man gebe nur den extremen Rechten das Gefühl der Bestätigung. Eine über drei Monate währende Beobachtung der Arbeit der Zentralen Anlaufstelle in Düsseldorf bescheinige dieser Einrichtung Mißstände und diskriminierende Behandlung von Flüchtlingen sowie Einschränkung der

Möglichkeiten der Flüchtlinge, ihre Rechte im Asylverfahren kennenzulernen. Kreutz forderte die Schaffung unabhängiger Beratungsmöglichkeiten in den Beratungsstellen, den Ausbau der Beratungsstruktur in die Zuweisungsgemeinden hinein und die Zubilligung eines Zeitraums von vier Wochen.

Innenminister Dr. Herbert Schnoor (SPD) hielt dagegen, das Verfahren in Düsseldorf ermögliche die Beratung durch Anwälte, durch die Paritätischen Wohlfahrtsverbände. Trotz mehrfacher Appelle werde die Möglichkeit nicht wahrgenommen. Er wies ferner darauf hin, daß die Ausländerbehörden hier voll kommunalisiert seien. In Niedersachsen habe der Bund eine Bundeswehrkaserne zur Verfügung gestellt. „Wir haben solche Hilfen nicht bekommen“, sagte der Minister. Er verwies darauf, daß der Bund zunächst nur die Stellen Düsseldorf, Dortmund und Köln zugestanden habe. Dann sei die Anlaufstelle in Münster dazugekommen. Der soziale Friede im Lande könne nur gewahrt bleiben, wenn man die Asylbewerber möglichst im Lande verteile, sie dezentral unterbringe.

Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (CDU) sagte, es sei sicher ein Trugschluß, wenn der Minister annehme, die CDU wolle mit diesem Antrag das Asylantragsproblem lösen. Das sei nicht der Fall. Aber es solle ein Beitrag, eine flankierende Maßnahme, sein. Gelöst werden könne das Problem nur durch eine Änderung des Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Parlamentsreform...

Fortsetzung von Seite 9

mit der Staatspraxis in modernen oder auch weniger modernen gewaltenteilenden demokratischen Staaten nichts, aber auch gar nichts zu tun.“ Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit in NRW unterscheiden sich nicht von anderen Demokratien; „wenn es die F.D.P. ehrlich meinte, müßte sie ihre Aussagen auch dort gelten lassen, wie sie in der Regierungsverantwortung ist“, stellte der Minister fest und meinte damit das liberale Verdikt, wonach die Realität in NRW nicht einmal dem klassischen Prinzip der Gewaltenteilung entspreche und die Regierungsfunktion nur Erfüllungsgehilfe der Regierung sei. Die F.D.P. stelle vollmundige Forderungen, wolle „aber im Grunde die Regierung zu einem Appendix eines Rates machen“. Wenn man beklage, daß die sichtbare Darstellung von Alternativen der Opposition zur Regierungspolitik verhindert werde, dann könne „das ja auch einmal an der Opposition liegen“. Der Minister wies ferner die Unterstellung zurück, die Regierung sei in den Sog der Gefälligkeit gegenüber denen geraten, die ihr den nächsten Wahlsieg garantiert haben. Er nannte es diffamierend — nicht nur für das Land, sondern für die gesamte Bundesrepublik — wenn die F.D.P. formuliere, im Lande müsse wieder eine tatsächlich funktionierende Demokratie hergestellt werden: Diesen Satz sollte man noch einmal überdenken und zurücknehmen. Man dürfe den Forderungen des Antrags nicht Rechnung tragen, wenn man im Landtag nicht „dauernd Untersuchungsausschußatmosphäre“ haben wolle.

Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) schloß, daß der, welcher sich gegen Reformen sträube, sie am nötigsten habe. Die Forderungen seiner Fraktion richteten sich nicht in erster Linie auf die technischen Funktionen des Parlaments; vielmehr würden heute an ein Parlament andere Kommunikationsanforderungen gestellt als vor 20 oder 30 Jahren: „Der Landtag wird von vielen jedenfalls als schlichtes Provinzparlament angesehen, ohne Wirksamkeit und Attraktivität“; er stehe im Schatten der Regierung. Dabei müsse er aber der Identitätspunkt der Regierung sein und nicht die Regierung. Der Landtag habe seit einiger Zeit Identitätsprobleme, es gebe den Regierungslandtag, den Verwaltungslandtag und den Oppositionslandtag, wobei die Regierungslandtag der mächtigste sei. Damit der Grundsatz der Gewaltenteilung wiederhergestellt werde, brauche man eine grundlegende Parlamentsreform, in der die Kontrolle der Exekutive wieder stattfindet: „Wenn die Regierungsfraktion das nicht will, dann muß eben ganz einfach die Opposition mit mehr Rechten diese Aufgabe übernehmen“, forderte Riemer.

Roland Appel (GRÜNE) nannte drei Punkte, in denen Parlament und Parlamentarier mehr Kontrollrechte haben müßten: Bei den Konferenzen auf Bundes- und Europaebene möchte man als Landesparlamentarier die Ergebnisse nicht nur aus den Zeitungen entnehmen, Machtkontrolle sei auszuüben. Ferner müsse er sich über die großzügigen Fristen für die Regierung bei der Beantwortung von Kleinen und Großen Anfragen wundern: „Daran muß sich etwas ändern“. Die

Grünen seien angetreten, „NRW in Bewegung zu bringen“.

Jürgen Büsow (SPD) wunderte sich über den Sprecher der Grünen, der mit seiner Forderung nach einem unabhängigen Bürgerbeauftragten Funktionen aus dem Parlament verlagern wolle, die dieses eigentlich wahrnehmen müsse.

Kooperation...

Fortsetzung von Seite 6

dem ökologischen Umbau näher. Sonderabfall gehöre in die öffentliche Hand mit Kontrolle durch kritische Bürger. Umweltschutz sei mehr als Verlagerung von Giftstoffen von einem Medium ins andere. Umwelterziehung und mehr Transparenz gehörten dazu. Zu Projekten müsse auch nein gesagt werden können.

Reinhold Trinius (SPD) bezeichnete die Einheit Deutschlands als kostbares Geschenk für handelnde Politiker. Chancen müßten beherzt ergriffen, aber den Bürgern auch die Wahrheit gesagt werden. Ordnungspolitisch neutrale Investitionen in der DDR zum frühestmöglichen Zeitpunkt hätten weitergeführt. Ohne haushaltsrechtliche Grundlage in den ersten fünf Monaten 1991 beraube sich der Bund erneut Handlungsspielraums. Früheres SED-Eigentum könne den Kommunen in der DDR übereignet werden, die damit handlungsfähig würden. Auf Vorschläge aus der DDR zu einer neuen Verfassung solle hier gehört werden. Ein Recht auf Wohnung sei schon in Preußen verankert gewesen. Das Recht auf Arbeit habe mit Menschenwürde zu tun.

Grünen-Antrag zum Sexualstrafrecht Zweierlei Schutz für Jugendliche

Die Streichung der Paragraphen 175 (Homosexualität zwischen Erwachsenen und Minderjährigen) und 182 (Verführung Minderjähriger) aus dem Strafgesetzbuch verlangten die Grünen in ihrem Antrag (Drs. 11/44), der vom Plenum nach sachlicher Aussprache am 16. August in die Ausschußberatung überwiesen wurde.

Roland Appel (GRÜNE) begründete den Antrag mit schwerwiegenden juristischen, sexualwissenschaftlichen und politischen Bedenken gegen den Paragraphen 175. Es sei heute nicht mehr einzusehen, warum sexuelle Handlungen eines über 18jährigen Mannes an einem unter 18jährigen strafbar sein sollten. Dagegen diene dieser zur Diskriminierung schwuler Männer und für polizeiliche Beobachtungen sowie „rote Listen“. Die Verfolgung Homosexueller seit rund 450 Jahren habe in der Nazizeit dazu geführt, daß jährlich 8000 Schwule ab 1940 ins Zuchthaus und zahllose rosa Winkelhäftlinge in Konzentrationslager gekommen seien. 1969 habe es in der bundesdeutschen Gesetzgebung eine kleine Liberalisierung gegeben, allerdings sei am Schutzalter für junge Mädchen festgehalten worden.

ungestörten Entwicklung von Kindern durch sexuelle Beziehungen mit überlegenen Erwachsenen ein. Ihr Wertgefühl sei noch nicht ausgeprägt, ihr Erfahrungshorizont geringer. Der Schutzgedanke solle weiter bestehen.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) berichtete als Erkenntnis der internationalen Sexualwissenschaft vom Juli, die Anlage zur Homosexualität werde durch eine Hormonstörung in der 11. bis 15. Schwangerschaftswoche hervorgerufen. Vorsichtig zu prüfen sei auch die Frage, inwieweit eine Anlage im Laufe des Lebens umorientiert werden könne. Mit großer Sensibilität und im Bewußtsein geänderter Haltung der Gesellschaft müsse über den Schutz junger Menschen vor sexuellem Mißbrauch nachgedacht werden. Im Aus-

einer Streichung des Schutzes für Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren könne jedoch eine falsche Signalwirkung ausgehen. Ein Medienbericht über Kinderprostitution in der Dritten Welt habe viele Bundesbürger tief bewegt. Kompetente Fachleute sollten gehört werden.

Justizminister Dr. Rudolf Krumsiek (SPD) erinnerte an die Entstehung der umstrittenen Vorschriften, bei der es um die Sittlichkeit gegangen sei. Heute werde die sexuelle Selbstbestimmung geschützt. In den letzten fünf Jahren habe es 143 Verurteilungen nach Paragraph 175 gegeben. Beim Schutz der „Heiratschancen eines unbescholtene Mädchen“ nach Paragraph 182 gehe es um sexuelle Selbstbestimmung. Bei der deutsch-deutschen Rechtsangleichung werde der ganze Komplex überprüft.

Beate Scheffler (GRÜNE) erkannte wohlthuende Sachlichkeit der Aussprache an und drückte Verwunderung darüber aus, daß größerer Schutz junger Männer als der junger Mädchen hingenommen werde. Auch dürfe es nicht beim Schutz nur unverheirateter junger Mädchen vor Vergewaltigung bleiben. Junge Mädchen müßten generell so geschützt werden, daß sie sich frei bewegen könnten.



Sachliche Beratung unter Beiziehung kompetenter Fachleute sagten die Redner dem Grünen-Antrag zur Änderung des Sexualstrafrechts zu, v.l.: Roland Appel (GRÜNE), Dr. Dieter Haak (SPD), Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), Heinz Lanfermann (F.D.P.)
Fotos: Schüler

Wenn ein Mann über 18 mit einer 17jährigen schlafe, sei er ein toller Hecht. Wenn er mit einem 17jährigen Jungen schlafe, werde er dagegen bestraft. Wenn eine Frau mit einer 17jährigen schlafe, sei das ihre Privatsache. Inzwischen werde das in Parteien und bei vielen Bürgern anders gesehen. Diskriminierungen gegenüber Schwulen und Lesben müßten ein Ende haben.

Dr. Dieter Haak (SPD) verteidigte den Anlaß der Debatte: Die Länder hätten Mitverantwortung für Bundesrecht, und wichtige Impulse zum Strafrecht seien oft von ihnen gekommen. Dessen Normen zu diskutieren sei schwierig. Beim Schutz der freien sexuellen Selbstbestimmung dürfe man die Schwachen, Abhängige, Behinderte, Kinder nicht aus den Augen verlieren. Andererseits sollte das Sexualstrafrecht nicht Einfallstor für übertriebene Moral sein. Seit der Strafrechtsreform von 1969 gebe es heute viel größere Toleranz gegenüber Homosexuellen. Der Gesetzgeber gehe von früherer geschlechtlicher Reife von Mädchen aus, sicher nicht ohne sachliche Stütze. Auch Kritiker räumten eine Beeinträchtigung der

schoß solle sachlich darüber diskutiert werden. Auch das Land Hamburg als Initiator im Bundesrat habe am 6. Juli eine Vertagung beantragt, von Berlin unterstützt. Zwischen dem Rechtsgut der freien Entfaltung und dem Schutz vor Fremdbestimmung müsse abgewogen werden.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) stellte klar, der Schutz von Kindern und Abhängigen dürfe nicht angetastet werden. An der Liberalisierung des Paragraphen 175 seien die Liberalen wesentlich beteiligt gewesen. Heute habe sich die Ansicht durchgesetzt, daß Homosexualität bei Erwachsenen Privatsache sei. Dennoch gebe es noch Probleme, etwa die Furcht, sich öffentlich zu der Veranlagung zu bekennen, dadurch Erpreßbarkeit, die Einstufung als Sicherheitsrisiko. Auch dürfe sich das Recht nicht zu weit vom Rechtsempfinden vieler Menschen wegbeugen. Das Europäische Parlament habe zur Einführung eines gleichen Mindestalters aufgefordert. Über eine Grenze bei 16 Jahren für beide Geschlechter könne diskutiert werden. Eine Streichung des Paragraphen 182 (Verführung) werde kaum auffallen. Von

Landwirtschaft: Zusätzliche Milchquoten für kleinere Betriebe

Landwirtschaftsminister **Klaus Matthiesen** (SPD) hat bei der Debatte über Maßnahmen zur Umverteilung überschüssiger Milchquoten noch einmal auf die Zielvorstellungen der Landesregierung hingewiesen: Vor allem kleine und mittlere Betriebe sollen in den Genuß zusätzlicher Milchquoten kommen. Mit Vorrang werden jene Antragsteller bedient, die in Naturschutzgebieten und in benachteiligten Gebieten mit absolutem Grünland liegen, ferner Landwirte, die nach den Regeln des ökologischen Landbaus wirtschaften. Ein Antrag der Grünen (Drs. 11/162) wurde abgelehnt, ein Entschließungsantrag der SPD (Drs. 11/174) mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. angenommen.

Siegfried Martsch (GRÜNE) erklärte, seine Fraktion begrüße die von der Landesregierung beabsichtigte Umverteilung überschüssiger Milchquoten ausdrücklich. Er verwies auf den Antrag der GRÜNEN, in dem es heiße, beim Verkauf würden nur Betriebe mit einer Milchreferenzmenge von maximal 150000 kg berücksichtigt. Man sei der Auffassung, daß die mittleren und kleinen, und insbesondere die Betriebe, die aufgrund ihrer Standorte z. B. im Mittelgebirgsraum oder in ausschließlichen Grünflächenbereichen fast keine andere Möglichkeit als Milchwirtschaft hätten, in den Genuß der vorgeschlagenen Maßnahme kommen sollen.

Johannes Gorlas (SPD) beantragte, da die Zeit drängte, für die SPD-Fraktion sofortige Abstimmung über beide Anträge in der Sache. Am 21. August laufe nämlich die Antragsfrist für die zu verkaufenden Milch-

Fortsetzung Seite 15

Grubenfahrt auf der Schachtanlage Rossenray Halden-Landschaft mit Freizeitwert

Der in der elften Wahlperiode erneut konstituierte Ausschuß für Grubensicherheit setzte in seiner ersten offiziellen Sitzung am 10. August 1990 mit einer Grubenfahrt auf der Schachtanlage Rossenray des Bergwerkes Rheinland seine Arbeit kontinuierlich fort. Ausschußvorsitzender Helmut Marmulla (SPD) würdigte die bisherigen Anstrengungen des Ausschusses und gab dem Wunsch auf ein weiterhin gemeinsames Zusammenwirken zum Wohle der Bergleute Ausdruck. Im Mittelpunkt der Sitzung standen sodann aktuelle Themen, wie Rationalisierung und Optimierung, Nordwanderung und Umweltproblematik sowie Abbautechnik und Arbeitssicherheit im Bergbau.

Der Vorstandssprecher der Ruhrkohle Niederrhein AG, Dipl.-Ing. Kolligs, führte einleitend aus, daß die Ruhrkohle AG den Optimierungsgedanken des Zwischenberichts der von Prof. Mikat geleiteten Kommission bereits aufgegriffen und hierzu ein gemeinsames Konzept in Arbeit habe. Die Zieldaten bis 1994/95 würden dabei sein, die Schachtanlagen von heute 19 auf 17 Standorte zu konzentrieren und die Gesamtförderung von rund 50 Mio. Tonnen auf 46 Mio. Tonnen zurückzufahren. Die Belegschaft wird dabei von 91 500 weiter um 5 000 bis 6 000 Mitarbeiter zurückgenommen.

Auf dem Bergwerk Rheinland, so führte Bergwerksdirektor Lensing-Hebben aus, seien heute rund 5 600 Mitarbeiter beschäftigt. Aus sechs Abbaubetrieben werden rund 3,2 Mio. Tonnen verwertbare Jahresförderung erbracht. Die derzeitigen Vorräte liegen bei 330 Mio. Tonnen und reichen bis weit ins nächste Jahrhundert. Der zukünftige Abbau wird sich hierzu in den Nordosten und äußersten Norden der gegenwärtig genutzten Lagerstätte im Bereich der Städte Moers, Kamp-Lintfort und Rheinberg verlagern. Hierzu wurde bereits als nördlichster Standort der Gesamtfläche der Schacht Rheinberg bis zur geplanten 1 200-Meter-Sohle geteufft. Der untertägige Anschluß an die 885-Meter-Sohle des Altfeldes erfolgt über einen 1 200 Meter langen Gesteinsberg. Der Seilfahrtschacht Rheinberg soll 1996 in Betrieb gehen.

Der derzeitige Kohlenabbau geht auf dem Bergwerk Rheinland in 700 bis 900 Meter Teufe um. Es wird überwiegend Fettkohle, vor allem für Kraftwerke (rund 70%) gewonnen. Die Abbaubetriebe sind ausschließlich mit hydraulischem Schildausbau und mit Kohlenhobeln oder Walzenschrämladern ausgerüstet.

Die Mitglieder des Ausschusses für Grubensicherheit konnten sich vor Ort anläßlich der Grubenfahrt in einen Gewinnungsbe-

trieb in Flöz Blücher selbst ein Bild über die Abbausituation untertage machen. Dieser Abbaubetrieb liegt im Bereich der 885-Meter-Sohle, nahe der Schächte Rossenray 1 und 2. Er ist mit einer Hobelanlage und elektrohydraulischem Schildausbau eingerichtet. Das Flöz hat eine durchschnittliche Mächtigkeit von 1,2 Metern.

Die untertägige Führung erfolgte teilweise unter Nutzung maschineller für den Personentransport zugelassener Gurtbandförderer. Hierbei wurde im Zusammenhang mit

den immer wieder stattfindenden Fahrungsunfällen die Notwendigkeit einer hohen Sicherheitsverantwortung der Belegschaft untertage besonders deutlich. Gerade auf die Unfallträchtigkeit menschlichen Fehlverhaltens zielte daher unlängst ein Sicherheitsprogramm der Schachtanlage über Verhaltensmaßregeln im Bergbaubetrieb. Erste Erfolge zeichnen sich mit 85 unfallfreien Tagen hintereinander im Tagesbetrieb ab.

Die anschließende Haldenbefahrung des „Pattbergs“ führte in die Problematik der heutigen Bergeverwertung und umweltgerechten Landschaftsgestaltung von Halden ein. Heutige Halden berücksichtigen als Landschaftsbauwerke von vornherein umfassende ökologische Belange und gleichzeitig auch den freizeittlichen Nutzungsanspruch der umliegenden Bevölkerung. So werden neben umfangreichen Bepflanzungen, Feucht- und Trockenbiotopen auch zahlreiche Wanderwege angelegt. Abschließend beglückwünschte der Ausschußvorsitzende die Gastgeber zu einem gelungenen und eindrucksvollen Umweltfilm.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (Mitte) hat eine offizielle Delegation sowie das Jugendblasorchester aus Tirat-Carmel in Israel empfangen. Tirat-Carmel ist Partnerstadt von Monheim im Rheinland, wo die Landtagspräsidentin Bürgermeisterin ist.
Foto: Schüler

Ausgleich für minderes Einkommen als Gastwirt nach Kriegsverletzung

„Welche Gesetzgebung besagt, daß ein in dreißig Jahren mit Familienangehörigen erworbener Besitz, umgewandelt in eine Altersversorgung auf Zeit, wobei die Kriegsbeschädigung eine wesentliche Rolle spielte, in einem anerkannten Berufsschadenausgleich-Verfahren als Kostenfaktor zugunsten des Landes angewendet werden darf?“ Diese Frage richtete ein 65jähriger Kriegsbeschädigter an den Petitionsausschuß des Landtags, der daraufhin nach zähen Verhandlungen mit der Versorgungsverwaltung eine Neuberechnung der Ausgleichszahlung erreichte.

Mit einer Schußverletzung war der Petent 1945 von der Ostfront aus dem Krieg heimgekehrt. Die Teillähmung und Bewegungseinschränkung, die am linken Arm verblieb, machte der Tätigkeit im erlernten Beruf eines Maschinenschlossers ein Ende. Zwei Jahre arbeitete er als Postbusfahrer, bevor ihm dies wegen der Kriegsbeschädigung aufgekündigt werden mußte. 1950 pachtete er mit Unterstützung von Eltern und Schwiegereltern einen Landgasthof, den er zusammen mit seiner Frau 30 Jahre lang „in harter Arbeit, mehr als 15 Stunden jeden Tag“, bewirtschaftete. Der später erworbene Besitz mußte aus Gesundheitsgründen gegen Zahlung

einer Leibrente wieder aufgegeben werden. Bei der Berechnung des Berufsschadenausgleichs war nun die Versorgungsverwaltung zunächst von der letzten unselbständigen Tätigkeit des Petenten als Gärtnereimitarbeiter ausgegangen. Erst durch die Bemühungen des Petitionsausschusses wurde erreicht, daß mit der Anrechnung der selbständigen Tätigkeit als Gastwirt von 1951 bis 1986 als schädigungsbedingtes minderes Einkommen und damit Belegung der überwiegenden Zeit des Erwerbslebens mit schädigungsbedingter Einkommensminderung eine für den Petenten günstigere Ausgleichszahlung gezahlt werden wird.

Verwaltungsratmitglieder

Der Landtag hat auf Antrag der Fraktionen von SPD und CDU die Abgeordneten Erwin Pfänder, Volkmar Schultz, Robert Schumacher und Gerd-Peter Wolf für die SPD sowie Brunhild Decking-Schwill, Wolfgang Jaeger und Siegfried Zellnig für die CDU in den Verwaltungsrat der Wohnungsbauförderungsanstalt gewählt.

★

Dr. Heiner Berger, Oberstadtdirektor von Aachen, ist zum Vorsitzenden des Städtetags Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Er löst in dieser Funktion den Duisburger Oberbürgermeister **Josef Krings** ab, der nicht mehr kandidierte.

SPD-Fraktion

Unterstützungsprogramm für „Soziale Dienste“ gefordert

In einem Entschließungsantrag hat die SPD-Fraktion ein umfangreiches Unterstützungsprogramm für die „Sozialen Dienste“ gefordert. Sie reagierte damit auf die Kürzung der Zivildienstzeiten. Das Programm reicht vom Vorschlag zur Errichtung eines aus ersparten Mitteln des Bundes gespeisten Finanzfonds für die Träger der freien Wohlfahrtspflege bis zur Forderung, das bestehende arbeitsmarktpolitische Instrumentarium stärker als bisher für die Beschäftigung, Qualifizierung und Wiedereingliederung von Pflegekräften einzusetzen.

Die von der CDU vorgeschlagenen Hilfen, so der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfram Kuschke, seien ein unzureichender Torso, der lediglich die Verlagerung der Kosten vom Bund auf das Land vorsehe. Es komme jetzt darauf an, zügig die Ergebnisse der 1. Landeskonferenz zur Krankenpflege umzusetzen und den Landesallplan, mit dem auch die Grundlagen und Rahmenbedingungen der pflegerischen Dienste in Nordrhein-Westfalen nachhaltig verbessert werden sollen, bis Ende 1990 vorzulegen. Für die Zivildienstleistenden müsse es Angebote geben, über die Dienstverpflichtungszeit hinaus im Zivildienst weiterzuarbeiten. Ein solches Angebot sei entsprechend den Regeln für Freiwillige bei der Bundeswehr auszugestalten.

★

Als „hohes Gerede und Heuchelei“ bezeichnete die frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Brigitte Speth, die Kritik des CDU-Vorsitzenden Linsen an angeblich fehlenden frauenpolitischen Akzenten in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Sie verwies dazu auf die frauenfeindliche Haltung der CDU zur Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs und auf die aktuelle Entscheidung der Koalition zugunsten des „Wohnortprinzips“.

„Wir wollen keine neuen Mauern in Deutschland – diesmal für schwangere Frauen in einer Notsituation – und programmierte Schnüffelpraktiken, sondern die gesamtdeutsche Regelung, die das Selbstbestimmungsrecht der Frauen achtet und den Staat zu wirksamen sozialen Hilfen verpflichtet“, erklärte Brigitte Speth.

CDU-Fraktion

Maßnahmen gegen Asyl-Tourismus

Die von Ministerpräsident Johannes Rau angekündigten Maßnahmen zur Bewältigung des sprunghaften Anstiegs von Asylbewerbern sind nach Ansicht von Oppositionsführer Dr. Helmut Linsen nicht geeignet, der sich von Tag zu Tag zuspitzenden Situation in den Städten und Gemeinden wirkungsvoll zu begegnen. „Ohne eine Änderung des Grundgesetzes wird es kein Ende des Asyl-Tourismus geben. Wir brau-

chen u. a. endlich die Befugnis, die Aufnahme von Asylbegehrenden nach Herkunftsgebieten zu beschränken. Wenn Johannes Rau glaubt, es gehe auch unterhalb der Schwelle einer Grundgesetzänderung, dann irrt er.“

Linsen begrüßte, daß nunmehr auch die SPD die Harmonisierung des europäischen Asylrechts und die Beschleunigung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren für dringend erforderlich erachte. Die von Rau angekündigte Vermehrung der Zahl der zentralen Anlaufstellen und die jetzt auch von der Landesregierung befürworteten Sammelunterkünfte seien – so spät sie nun auch kämen – ein Schritt in die richtige Richtung. Dennoch dürfe dies nicht darüber hinwegtäuschen, erläuterte Linsen, daß das zen-

trale Problem der Zugang von neuen Asylbewerbern sei. Linsen wörtlich: „Die Bevölkerung ist nicht länger bereit hinzunehmen, daß aus Ländern, in denen es keine politische Verfolgung mehr gibt, sich Monat für Monat Tausende von Asyl-Touristen auf den Weg machen und in die Bundesrepublik kommen. Wenn Rau und die SPD sich der überfälligen Grundgesetzänderung entgegenstellen, sind sie entscheidend mitverantwortlich für die Aushöhlung des Asylrechts, dessen Akzeptanz in der Bevölkerung wegen des offenkundigen Rechtsmißbrauchs zusehends schwindet. Die Leidtragenden einer SPD-Blockade bei der Grundgesetzänderung wären letztlich die wirklich politisch Verfolgten. Dies kann nicht die Absicht von Rau sein.“

F.D.P.-Fraktion

Neue und alte Schwerpunkte

Nach der Sommerpause traf sich die F.D.P.-Landtagsfraktion zu einer Klausurtagung, um neue Politikfelder zu besprechen und ihre parlamentarische Arbeit in der 11. Wahlperiode vorzubereiten.

Niemand wird sich wundern, daß die Wirtschaftspolitik nach wie vor Schwerpunkt Nr. 1 der parlamentarischen Arbeit werden wird. Hier ist die F.D.P. ihren Wählern verpflichtet.

Die Wirtschaftspolitik bleibt ein Feld der ideologischen Auseinandersetzung mit der SPD. Während die F.D.P. für die Freiheit des Einzelnen eintritt, setzt die SPD immer wieder auf Staat und Verbände in der Wirtschaftspolitik. Beispiellos in

der Geschichte unseres Landes ist die Schwächung des Wirtschaftsministers. Nachdem Jochimsen schon in der letzten Legislaturperiode die Bereiche Verkehr und Energie hat abgeben müssen, wird das Ministerium Einert noch um die Bereiche Luftfahrt und Sparkassen erleichtert. Ein weiteres Negativbeispiel ist die geplante Einrichtung einer „Wirtschaftsagentur“, in der die wirtschaftlichen Zuständigkeiten von Landeseinrichtungen gebündelt werden soll. Das Problem dabei ist allerdings, daß die Wirtschaftspolitik auf diesem Wege der parlamentarischen Kontrolle entzogen wird. Aus der Entparlamentarisierung der Wirtschaftspolitik wird dann ein Verfassungsproblem. Ein Verfassungsproblem ist auch das Festhalten an den sog. Strukturbeiräten auf regionaler Ebene, deren informelles Konsensprinzip in der Steuerung von Einzelprojekten nichts anderes bedeutet als die Bildung eines örtlichen Kartells, der staatlichen Zwangskoalition von Wirtschaft und Gewerkschaften und der Entpflichtung der dafür zuständigen Verfassungsorgane. Anstelle des Prinzips der Macht-

kontrolle setzt sich das Prinzip des Klüngels durch.

Auch in der Bildungspolitik gibt es eine ideologische Achillesferse der SPD. Gerade ihre Schulreform „Leben statt Lernen“ geht völlig an der Zielsetzung von Schule vorbei. Für die F.D.P. ist Ziel der Ausbildung: Lernfähigkeit und Leistungsfähigkeit.

Neben den klassischen Politikfeldern der F.D.P.: Wirtschaft und Bildung, gibt es aber auch Defizite, die aufgearbeitet werden sollen.

Ein Politikfeld ist die Altenpolitik. Altenpolitik muß dem veränderten Selbstverständnis älterer Menschen gerecht werden. Alte Menschen wollen nicht betreut und bevormundet werden, sie sind bis in ein wirklich hohes Alter hinein aktiv, wollen möglichst selbständig bleiben, auch wenn das eine oder andere gesundheitliche Handicap sie beeinträchtigt.

Die Liberalen halten nichts von einer Philosophie der totalen Betreuung, wir stehen für liberale Selbstbestimmung. Auch im Alter.

DIE GRÜNEN-Fraktion

PolitikerInnen sollen Bescheidenheit zeigen

Überraschen kann die Fraktion DIE GRÜNEN im Landtag so allmählich kaum noch etwas. Drei Monate Parlamentserfahrung in Düsseldorf haben einiges an Strukturen erkennen lassen, was den Anspruch der GRÜNEN aus dem Wahlkampf, frischen Wind in dieses Parlament zu bringen, als wichtiger denn je erkennen läßt.

Feinlich berührt und von der Reaktion der anderen Fraktionen doch überrascht waren die GRÜNEN allerdings, als sie erfahren muß-

ten, daß der Punkt „Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale um 40 Prozent von fünf Mark auf sieben Mark“ im Hau-Ruck-Verfahren auf die Tagesordnung für den 23. August gesetzt wurde. Ein Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. abgelehnt.

Zur beabsichtigten Erhöhung der Wahlkampfkostenpauschale erklärte Dr. Michael Vesper für die Fraktion DIE GRÜNEN:

„Wir lehnen die von der CDU-Fraktion vorgeschlagene Erhöhung strikt ab. Mit fünf Mark haben die SteuerzahlerInnen die Parteien schon sehr gut bedient. Gerade jetzt – wo die immensen Kosten der Deutschen Einheit noch nicht einmal absehbar sind – ist eine Erhöhung der Parteienfinanzierung um 40 Prozent das völlig falsche Signal. Wenn die PolitikerIn-

nen in Anbetracht der Kosten der Deutschen Einheit finanzielle und soziale Opfer von den BürgerInnen verlangen, gerade dann sollten sie selbst etwas mehr Bescheidenheit zeigen. Besonders skandalös ist die Absicht, die Erhöhung teilweise schon für die Erstattung der Kosten für den letzten Landtagswahlkampf rückwirkend wirksam werden zu lassen. Wenn SPD und CDU sich in ihren Wahlkampfplanungen verschätzt und finanziell übernommen haben, so dürfen dafür nicht nachträglich die SteuerzahlerInnen zur Kasse gebeten werden. Eine rückwirkende Erhöhung ist im übrigen auch juristisch problematisch, weil sie die Chancengleichheit der Parteien verletzt.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

Milchquoten ...

Fortsetzung von Seite 12

quoten ab. Er unterstrich ebenfalls, man wolle die Quote zur Existenzsicherung kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe verwenden, und hier auch insbesondere solche Betriebe, für die es im Grunde zur Grünlandwirtschaft keine existenzsichernde Alternative gebe. Ferner wolle man besonders Betriebe bedenken, die nach Regeln des ökologischen Landbaus wirtschaften.

Karl Knipschild (CDU) sagte, auch seine Fraktion begrüße und unterstütze die Bereitschaft der Landesregierung, die von der Bundesaktion nicht berücksichtigten Stillenquoten zu übernehmen und kostenneutral an die Landwirte weiterzugeben. Den Hauptkriterien, daß z. B. als Käufer nur milcherzeugende Haupterwerbslandwirte in Frage kommen sollten, stimme man zu. Ebenfalls, daß für den Ankauf dieser Quoten eine Obergrenze gelten solle. Nicht zustimmen wolle die CDU der Forderung der GRÜNEN, potentiellen Erwerbern ein zinsloses Darlehen zu gewähren sowie der SPD-Forderung, für Naturschutzzwecke und für ökologisch wirtschaftende Betriebe eine Quotenreserve zu bilden.

Friedel Meyer (F.D.P.) betonte, die Rückkaufaktion von Milchquoten durch die Bundesregierung mache deutlich, daß weitaus mehr Landwirte sich von ihrer Quote befreien möchten als ursprünglich angenommen worden sei. Unklar bleibe jedoch, weshalb sich das Land als Makler bzw. als Zwischenhändler betätige. Warum überlasse man diese Aktion nicht den landwirtschaftlichen Organisationen? Der Abgeordnete warnte davor, die Obergrenze von 350 000 kg herabzusetzen.

Landwirtschaftsminister Klaus Matthiesen (SPD) sagte, es sei richtig, daß die Landesregierung bereit sei, von der Ermächtigung des Milchaufgabe-Vergütungsgesetzes Gebrauch zu machen. Jeder NRW-Milcherzeuger, der bei der mißglückten Bundesaktion nicht berücksichtigt worden sei, oder auf sieben Prozent seiner Antragsmenge sitzengeblieben sei, könne die Milchquoten zu 1,60 Mark je Kilogramm dem Land anbieten. Solches Handeln unterstreiche auch die Absicht der Landesregierung, im Interesse der Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe eine weitere Abwanderung von Milchquoten aus NRW zu verhindern.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 11 43.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepfer (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304 und 884 25 45, btx: # 5 68 01*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer; Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Ulrich Schmidt (SPD)

Für seine neue Tätigkeit als Vizepräsident des Düsseldorfer Landtags bringt Ulrich Schmidt die besten Voraussetzungen mit. Schließlich weiß der 48jährige Sozialdemokrat, der persönlich Verletzendes selbst in der schärfsten Debatte verabscheut, seine Freunde im Landtag auch außerhalb der engen Fraktionsgrenzen seiner Partei. „Das muß möglich sein, auch wenn man in der Sache oft unterschiedliche Positionen einnimmt.“ Doch seine politische Heimat hat der Bürgermeister aus Wetter, für den das Wort „Genosse“ noch etwas gilt, stets im Kreis der Sozialdemokratie gehabt. „Ich bin ein harmoniebedürftiger Mensch. Ich muß mich wohlfühlen können“, weiß der allseits beliebte SPD-Politiker.

Daß der gebürtige Wittener schon in jungen Jahren die Gemeinschaft in Gewerkschaft und Partei suchte, dürfte nicht zuletzt mit dem schrecklichen Schlüsselereignis zusammenhängen, daß sein Vater im Kriegsjahr 1942 fiel, als Ulrich Schmidt gerade geboren wurde. Ulrich Schmidt ist kein Pazifist geworden, aber die Parole „Nie wieder Krieg“ hat ihn in seinem bisherigen Leben nicht losgelassen. Sohn und Mutter zog es immer wieder zum heimischen Kriegerdenkmal. Und bis heute hat Ulrich Schmidt es sich nicht nehmen lassen, dort jedes Jahr eine Rede gegen den Krieg zu halten.

1964 trat der überzeugte Sozialpolitiker in die SPD ein. Obwohl von kirchlichen Elternhaus her eigentlich kein geborener Sozialdemokrat, engagierte er sich und wurde bereits 1968 Ortsvereinsvorsitzender in Volmarstein. Er habe schon früh erkannt, daß kirchliche Arbeit allein in der Sozialpolitik nicht viel bewirken könne und sich in der Partei engagiert, erinnert sich Schmidt. Beruflich zog es den tatkräftigen Macher zur Betriebskrankenkasse von Hoesch, wo er es bis zum Gruppenleiter brachte. Berufspolitiker wollte das IG Metall-Mitglied damals noch nicht werden. Ulrich Schmidt stand stets auf der Seite der Arbeitnehmer. Beim Kampf um den Stahlstandort Hattingen hat der Abgeordnete manche Tag- und Nachtschicht vor den Werkstoren verbracht und den oftmals verzweifelten Menschen Mut gemacht.

Über die Gemeinde Volmarstein gelangte Schmidt auch ins Kuratorium der Orthopädischen Anstalten. Berührungsängste mit den Behinderten waren dem jungen Mann fremd, schließlich hatte er schon im heimatischen Sandkasten feste Freundschaften geschlossen. Zeitgleich mit seiner ersten Wahl in den Landtag wurde der „Sozialpolitiker durch und durch“ auch

Bürgermeister in der 30 000-Einwohner-Gemeinde Wetter. Hier, wo die „Roten“ seit Kriegsende regieren, bekam Ulrich Schmidt seinen letzten kommunalpolitischen Schliff. Noch heute ist der SPD-Politiker zutiefst der Überzeugung, daß sich Landtags- und Bundestagsabgeordnete zuerst die Sporen in der Kommunalpolitik verdienen müßten, statt sich „als Seiteninsteiger auf dem Markt der Abgeordnetenmandate zu tummeln“. Für absolut nicht ideal hält der bodenständige Politiker deshalb auch die immer häufiger anzutreffende Karriere: Abitur, Studium, Promotion, Mandat. Ein Greuel ist Schmidt die Lehrerlastigkeit in allen Fraktionen.

Im Sozial- wie im Finanzausschuß hat der neue Vizepräsident stets Kompromisse gesucht, zwischen den Fraktionen, aber auch zwischen dem Wunsch und dem Machbaren. „Die Bilanz stimmt“, resümiert Schmidt rückschauend. Auch als langjähriger Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Ennepe-Ruhr stand die Sozialpolitik im Vordergrund, so daß es nur ein kurzer Schritt war bis zum Vorsitzenden der Stiftung Wohlfahrtspflege. Hier streitet der Sozialdemokrat „überparteilich“ dafür, daß die Stiftung vom Land das ihr zustehende Geld erhält. Eigentlich sollen die Überschüsse der Spielbanken in die Stiftung fließen. Dennoch hat das Land vor Jahren die Hälfte der Mittel zur Haushaltssanierung geschluckt und Alten und Behinderten diese Gelder entzogen. Ulrich Schmidt hat diesen Vorgang seiner Parteifreunde stets aus innerer Überzeugung heraus öffentlich kritisiert.

Trotz der Belastung durch das neue Präsidentenamt will der verheiratete Wetteraner Bürgermeister seiner Heimatgemeinde treu bleiben. Wer Ulrich Schmidt kennt, der weiß, daß seine Mitbürger dies gern gehört haben werden.

Wilfried Goebels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 1. bis 28. September 1990

1. 9. **Uwe Herder** (SPD), 48 J.
1. 9. **Brunhild Decking-Schwill** (CDU), 53 J.
2. 9. **Wilhelm Lieven** (CDU), 56 J.
3. 9. **Eberhard Sohns** (SPD), 54 J.
5. 9. **Marlis Robels-Fröhlich** (CDU), 53 J.
5. 9. **Dr. Manfred Busch** (DIE GRÜNEN), 36 J.
6. 9. **Jürgen Jentsch** (SPD), 51 J.
6. 9. **Dr. Wilhelm Vollmann** (SPD), 51 J.
9. 9. **Michael Ruppert** (F.D.P.), 44 J.
13. 9. **Hartmut Schauerte** (CDU), 46 J.
14. 9. **Karl Meulenbergh** (CDU), 47 J.
16. 9. **Albert Leifert** (CDU), 54 J.
17. 9. **Anke Brunn** (SPD), 48 J.
24. 9. **Heinz Hardt** (CDU), 54 J.
27. 9. **Manfred Braun** (SPD), 62 J.
28. 9. **Ilse Ridder-Melchers** (SPD), 46 J.

★

Anke Brunn, SPD-Landtagsabgeordnete und Ministerin für Wissenschaft und Forschung, hat mitgeteilt, daß der aus mehreren Einzelauszeichnungen bestehende Forschungspreis des Landes Nordrhein-Westfalen künftig den Namen des verstorbenen Vorstandsvorsitzenden der VEBA AG, **Rudolf von Benningsen-Foerder**, tragen soll. Seit 1989 werden dreimal je Jahr rund 20 Förderpreise zwischen 50000 und 150000 Mark an Nachwuchs-Wissenschaftler vergeben. Stichtage, zu denen die jungen Wissenschaftler ihre Arbeiten anmelden können, sind der 1. März, der 1. Juli und der 1. November.

★

Claus Hinrich Casdorff, seit acht Jahren Chefredakteur der Fernseh-Landesprogramme des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) und Regionalisierungsbeauftragter des Intendanten, geht in den Ruhestand. Mit Casdorff scheidet zum 31. August 1990 einer der dienstältesten Programmacher des deutschen Fernsehens in Pension. Noch im Juli dieses Jahres konnte er den Tag seiner 46jährigen Betriebszugehörigkeit zum WDR begehen. Von dieser Zeit hat er fast 44 Jahre als politischer Redakteur beim Hörfunk und Fernsehen, zunächst beim Norddeutschen Rundfunk in Hamburg und von 1956 an beim WDR in Köln, verbracht. Der breiten Öffentlichkeit wurde Casdorff vor allem durch seine 17jährige Tätigkeit als Leiter des zeitkritischen Fernsehmagazins „Monitor“, als Moderator des „Weltspiegel“ und Anfang der 80er Jahre als Präsentator der Sendereihen „Ich stelle mich“ und „Schlag auf Schlag“ bekannt geworden. Claus Hinrich Casdorff ist Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse. Sein Nachfolger wird **Cornelius Bormann**, der bisherige Leiter des WDR-Landesstudios in Düsseldorf.

★

Hermann Herberts, ehemaliger Wuppertaler Oberbürgermeister, ist 90 Jahre alt geworden. Herberts, der 1917 in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei eingetreten war, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg für die SPD aktiv, wirkte als Leitartikler des „Rhein-Echo“, wurde später Pressesprecher des DGB und amtierte von 1956 bis 1961 und ein zweites Mal von 1964 bis 1969 als Oberbürgermeister von Wuppertal.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Moor und Wiesental naturgeschützt



Das Ammeloer Venn bei Vreden im Kreis Borken ist ein Restmoor. In der Flurbereinigung Ammeloe II hat das Amt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen in Coesfeld 70 Hektar für den Naturschutz in das Eigentum des Landes gebracht. Zusammen mit dem nördlich angrenzenden niederländischen Haaksberger Veen stellt der Hochmoor- und Feuchtbereich mit einer Gesamtgröße von 500 Hektar eines der wichtigsten grenzübergreifenden Naturschutzgebiete in Europa dar (Bild oben). — Der Mummicker Siefen bei Reichshof im Oberbergischen Kreis (Bild unten) wurde in der Flurbereinigung Eckenhagen durch Flächentausch gesichert. Die 20 Eigentümer erhielten vom Amt für Agrarordnung in Waldbröl Ersatz für ihre Wiesen und Weiden, die noch charakteristische Tiere und Pflanzen beherbergen. Der vier Hektar große Lebensraum wäre für immer zerstört worden, wenn die Landwirte, wie vorgesehen, die unrentable Grünwirtschaft aufgegeben und die Talau mit Fichten aufgeforstet hätten.

Fotos: Landesamt

